

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Bruchsaler Post. 1950-1953 1950

15 (19.1.1950)

BRUCHSALER POST

HEIMATBLATT FÜR KRAICHGAU UND BRÜHRÄIN

Jahrgang 2

Donnerstag, den 19. Januar 1950

Einzelpreis 15 Pfennig

Schuman über seinen Deutschland-Besuch

Ministerpräsident Hoffmann: „Das Saarland wird außenpolitisch von Frankreich vertreten“

Paris (DND). Außenminister Schuman berichtete dem französischen Kabinett am Mittwoch über seinen Besuch in Deutschland. In der Saarfrage, so sagte er, habe er den Standpunkt der französischen Regierung erneut mit allem Nachdruck zum Ausdruck bringen müssen.

Das Regime des Saargebietes stütze sich auf die Vereinbarungen der Alliierten und auf den Wunsch der saarländischen Bevölkerung, der in freien Wahlen bei der Volksabstimmung zum Ausdruck gekommen sei. Diese Faktoren würden auch weiterhin den Status des Saargebietes bestimmen, den Frankreich bis zu einer endgültigen Regelung durch einen Friedensvertrag garantieren werde.

Schuman kündigte ferner an, daß der Saarregierung schon in den nächsten Tagen Vorschläge über ein neues Abkommen zwischen dem Saarland u. Frankreich zugehen werden.

Interview mit Hoffmann

Der saarländische Ministerpräsident Hoffmann äußerte sich in einem Interview zum Saarproblem. Er sagte, das Saarland wolle seine politische Zukunft frei gestalten und so wie es ihm am besten erscheine. Hierzu sei ein freundschaftliches Verhältnis zu Frankreich die erste Voraussetzung. Aus diesem Grunde werde im Februar zwischen Frankreich und dem Saarland ein Staatsvertrag abgeschlossen. Im Rahmen des wirtschaftlichen Anschlusses an Frankreich werde das Saarland politisch jedoch autonom sein. Auch ein zukünftiger Friedensvertrag könne über eine solche Regelung nicht hinweggehen.

Hoffmann erklärte weiter, daß er einen wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich und eine politische Zugehörigkeit zu Deutschland ablehne, da eine solche Regelung zu dauernden Zwistigkeiten führen müsse und keineswegs der Idee eines gesamten Europa diene. Aus diesem Grund befürworte er auch die politische Autonomie. Er gab bekannt, daß das Saarland außenpolitisch von Frankreich vertreten werde, wobei er hoffe, daß man überall dort, wo saarländische Interessen spielen, auch auf die Vertreter des Saarlandes höre.

„Ich bin der festen Überzeugung“, so schloß Hoffmann, „daß es Frankreich mit dem Saarland ehrlich meint und dessen Interessen respektiert, genau so wie wir die Interessen Frankreichs anerkennen.“

London: Gefährliches Spiel

Der liberale „Manchester Guardian“ schreibt einer Meldung aus London zufolge zur Haltung Dr. Adenauers in der Saarfrage u. a.: „Die Erklärungen, die der französische Außenminister während seines Besuchs in Bonn abgegeben hat, sowie die weiteren Einzelheiten über seine Unterhaltung mit dem Bundeskanzler scheinen den Eindruck zu bestätigen, daß Dr. Adenauer in der Saarfrage ein gefährliches Spiel spielt. An sich ist es bedauerlich, daß die französische Regierung mit ihren Plänen für Verhandlungen mit der Saarregierung nicht gewartet hat, bis die Bundesrepublik Mitglied der Beratenden Europäischen Versammlung geworden ist. Aber das bietet keinerlei Entschuldigung für den Versuch, den augenscheinlich Dr. Adenauer unternimmt, um den Wunsch der westeuropäischen Länder nach Aufnahme der Bundesrepublik in die Europäische Versammlung als Druckmittel gegen Frankreich zu benutzen.“

Das Blatt vertritt weiter den Standpunkt, daß Dr. Adenauer auch in einer weiteren Frage, entweder bewußt oder infolge eines Mißverständnisses in falschem Glauben gehandelt habe, nämlich in der Frage einer Garantie für die Sicherheit der Bundesrepublik. Der französische Außenminister habe bekanntlich eine Erklärung des Bundeskanzlers in Abrede stellen müssen, in der Dr. Adenauer sagte, daß er in der Unterhaltung mit Schuman eine Garantie für die Verteidigung der Bundesrepublik erhalten habe. Der „Manchester Guardian“ betont, daß das Besatzungsstatut und der nordatlantische Vertrag bereits wirksame Garantien für die Sicherheit der Bundesrepublik während der Besatzungszeit darstellten.

Die „Times“ weisen im Zusammenhang mit der Garantiefrage darauf hin, daß es Dr. Adenauer in Abrede gestellt habe, er ziehe frühere Mitglieder der deutschen Wehrmacht zu Rate. Das Blatt fügt hinzu: „Der Bundeskanzler hat immerhin den früheren Generalleutnant Kurt von Manteuffel zu Rate gezogen. Das läßt sich nicht übersehen. Freilich mag der Bundeskanzler nicht gewußt haben, daß Manteuffel der „Bruderschaft“ angehört, einer Organisation der früheren Offiziere der Wehrmacht. Diese „Bruderschaft“ steht wiederum in Fühlung mit der nationalen „Deutschen Bewegung“. Kennzeichnenderweise unterhalten Mitglieder dieser Organisation und andere rechtsstehende Bewegungen, wie

die „Deutsche Aktion“ und die „Vaterländische Front“, engen Kontakt mit der Ostzone und mit dortigen Persönlichkeiten, die sich gleichermaßen von einem verzerrten Patriotismus, von Opportunismus und vom Wunsche nach Wiedervergeltung leiten lassen. Nationalistische, politische Agenten, die im geheimen arbeiten, gelangen aus der Ostzone in die Bundesrepublik. Viele von ihnen sind ermittelt und verhaftet worden.“

Acheson stellt fest

Der amerikanische Außenminister Acheson erklärte nach einer Meldung aus Washington, die Vereinigten Staaten unterstützen Frankreichs Ansicht, daß die Saar von Deutschland losgelöst werden solle. Die US-Regierung werde an dieser Politik bis zur endgültigen Friedensregelung mit Deutschland festhalten. Amerika vertrete den Standpunkt, daß die Saar als reiches Kohlengebiet einen

gewissen Grad von Autonomie besitzen müsse. Acheson äußerte sich nicht über die Frage der Eigentumsverhältnisse. Er sagte: „Die französische Regierung handelt gut, wenn sie keine Schritte unternimmt, welche die Beziehungen zur Bundesrepublik stören oder einen Rückschlag für die Pläne der westeuropäischen Einigung bedeuten können.“

„Kein Scheinabkommen“

Der Leiter der politischen Abteilung der amerikanischen Hohen Kommission, James Riddleberger, versicherte, wie unser Frankfurter Vertreter meldet, daß kein Geheimabkommen über die Saar existiere. Die Außenminister der drei Westmächte hätten auf ihrer Tagung in Paris lediglich beschlossen, das Saarland in den Europarat aufzunehmen und den politischen Status der Saar erst in einem Friedensvertrag festzulegen.

Bundestag zum ECA-Abkommen

Lebhafteste Debatte über Patentamt-Fragen - Sitzung im Zeichen der Jungfernreden

v. W. Bonn. Die 27. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch stand zum großen Teil im Zeichen der Jungfernreden. Abgeordnete, die zwar seit September vergangenen Jahres auf ihren Plätzen im Plenarsaal gesessen hatten, aber noch nicht auf der Rednertribüne erschienen waren, stellten sich zum erstenmal dem Mikrophon und äußerten sich für ihre Parteien zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung.

Die Regierungsrabine — zunächst nur sehr schwach besetzt — füllte sich allmählich und nach etwa einer Stunde erschien auch Bundeskanzler Dr. Adenauer, nachdem bereits seit Sitzungsbeginn Vizizekanzler Blücher, Minister Kaiser und Justizminister Dehler ihre Plätze eingenommen hatten.

„Blau-Weiß — ein Zustand“

Im Zusammenhang mit der Beratung über eine Zweigstelle des neuerdings in München stationierten Patentamts, die man in Berlin schaffen will, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Nachdem Justizminister Dehler die Einrichtung dieser Zweigstelle zum Zwecke der Anmeldung von Patenten, Gebrauchsmustern usw. erläutert hatte, wandte sich der Abgeordnete Seelos (Bayern-Partei) gegen den „Versuch der Bundesregierung“, auf „kaltem Wege“ das Patentamt wieder nach Berlin zu verlagern. Man habe dem Amt in München die besten Unterbringungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt und nun nicht die Absicht, sich diese Behörde wieder wegnehmen zu lassen.

In der sich anschließenden Debatte schien es, als ob der Bundeskanzler erneut in die schon bekannte gereizte Stimmung kommen werde, die bisher fast jede Plenarsitzung „auszeichnete“. Der Sprecher der SPD, der

Abgeordnete Ekstrand, erklärte, daß „blau“ nicht nur eine Farbe, sondern bekanntlich auch ein „Zustand“ sei. Er stellte weiter fest, daß man nach den Ausführungen seines Vordrängers nunmehr offenbar auch „Blau-Weiß“ einen „Zustand“ nennen könne. Die Bayern-Partei protestierte energisch gegen diese Äußerung, in der sie „eine Verunglimpfung ihrer seit tausend Jahren geachteten Landesfarben“ erblickte.

Die heftige Debatte, an der sich fast alle Parteien beteiligten, endete schließlich mit der Überweisung des Regierungsentwurfs an den zuständigen Ausschuß.

In erster Lesung

ERP-Minister Franz Blücher begründete sodann das am 15.12.1949 mit den USA abgeschlossene Abkommen der Bundesrepublik, wobei er besonders darauf hinwies, daß die Liberalisierung des Handels innerhalb Europas nur auf der Grundlage „echter Gegenseitigkeit“ möglich sei. Blücher erwähnte in diesem Zusammenhang auch die Zollkonferenz in Genf im September d. J., die ebenfalls zu einer europäischen Wirtschaftseinheit führen könne, wobei die „menschliche Seite“ im Vordergrund stehe. Es käme nicht mehr darauf an, etwa eine „Krampfproduktion“ zugunsten eines einzelnen Landes durchzusetzen, sondern vielmehr darauf, für alle Europäer einen besseren Lebensstandard zu erreichen.

Der Sprecher der Regierungskoalition, der ehemalige Oberdirektor der Frankfurter Verwaltungen, Dr. Pünder, stellte besonders die Tatsache heraus, daß sich der Bundestag zum erstenmal mit einem internationalen Vertragswerk zu beschäftigen habe. Er zitierte dabei einen Ausspruch des Marshall-Plan-Beauftragten für Europa, Paul Hoffman, der damals erklärt habe, daß für die Durch-

Fortsetzung auf Seite 2

Großbritannien und Deutschland

Eine Rede des britischen Hohen Kommissars Sir Brian Robertsons

Hamburg (DND). Der britische Hohe Kommissar, Sir Brian Robertson, sprach hier vor einer deutschen Zuhörerschaft über die Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland.

Britische und deutsche Sicherheit, Freiheit, Religion und Zivilisation, so sagte Robertson, seien von der gleichen Seite bedroht. Angesichts einer gemeinsamen Gefahr sei es richtig, Meinungsverschiedenheiten zu vergessen und dieser Gefahr gemeinsam zu begegnen. Der Hohe Kommissar betonte jedoch, daß von beiden Seiten ehrliche Bemühungen und wesentliche Beiträge notwendig seien, bevor Freundschaft entstehen könne. Auf britischer Seite bestehe noch ein gewisses Mißtrauen gegen deutsche Handlungen und Motive und das britische Volk sei keineswegs einig in dem Wunsch nach Freundschaft mit Deutschland. Auf deutscher Seite bestehe die Tendenz, Leistungen von Großbritannien zu verlangen, ohne Gegenleistungen anzubieten.

Die Saarfrage erwähnte Robertson nicht. Er sagte jedoch, gute Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland seien eine Voraussetzung für gute Beziehungen zwischen Großbritannien und Deutschland.

Hohe Kommissare tagten in Berlin

Empfang bei Sir Brian Robertson

Berlin (DND). Die drei Hohen Kommissare für Deutschland sind am Mittwoch zum ersten Mal zu einer Sitzung in Berlin zusammengetreten. Den Vorsitz führte der britische Hohe Kommissar Sir Brian Robertson. Es wurden im wesentlichen Berliner Fragen erörtert. Wie ein Sprecher der britischen Hohen Kommission erklärte, wurde die Sitzung nach Berlin einberufen, damit die Stadtkommandanten der Westmächte die Probleme Berlins an Ort und Stelle schildern konnten. Es sei geplant, öfters in Berlin zu tagen. Am Abend gab Sir Brian Robertson einen Empfang, zu dem führende Persönlichkeiten aller vier Besatzungsmächte geladen wurden.

Berliner Westpolizei

besetzt Reichsbahndirektions-Gebäude

General Kotikow erhebt Protest

Berlin (DND). Im US-Sektor besetzte Westberliner Polizei das fast leere Gebäude der Reichsbahndirektion. Dies geschah auf Anordnung des Magistrats mit Zustimmung der amerikanischen Behörden.

Der stellvertretende Leiter des Büros der amerikanischen Hohen Kommission in Berlin erklärte, die US-Behörden hätten diesen Schritt wegen des großen Raummangels in Westberlin genehmigt. Der größte Teil der Räume steht leer, weil die Eisenbahnbehörden der Ostzone seit dem Eisenbahnstreik im Sommer 1949 ihre Büros schrittweise nach dem Ostsektor verlegt haben.

Der russische Kommandant in Berlin, General Kotikow, hat bei den amerikanischen Behörden offiziell Protest eingelegt.

Die „asoziale Aufrüstung“

Das deutsche Arbeitslosenproblem gleicht immer mehr einem Faß ohne Boden. Denn obwohl sich der Beschäftigtenstand im westdeutschen Bundesgebiet seit der Währungsreform vergrößerte, beträgt die Zunahme des Arbeitslosenheeres in diesem Zeitraum nahezu eine Million. Das statistische Bild vermittelt eine stetig aufsteigende Kurve mit einer monatlichen Arbeitslosenzunahme von durchschnittlich 50 000 Menschen. Sie erreichte Mitte Dezember die 1½-Millionen-Grenze und dürfte diese heute bereits überschritten haben. Damit ist bei einem Beschäftigtenstand von etwa 12 Millionen jeder achte Deutsche arbeitslos, ohne daß dabei die durch Kurzarbeit „verdeckte Arbeitslosigkeit“ einbezogen wäre.

Dieser Zustand muß auch angesichts der Tatsache alarmierend wirken, daß in Westdeutschland innerhalb der nächsten drei Jahre mit einer weiteren Zunahme der Arbeitskräfte um etwa zwei Millionen Menschen gerechnet wird. Bei Anhalten der bisherigen illegalen Einwanderung aus den Ostgebieten käme in diesem Zeitraum noch etwa eine Million Arbeitssuchende hinzu, so daß der tatsächliche Zuwachs gut drei Millionen betragen dürfte.

Das Problem, für diese vielen Menschen Arbeit und Brot zu schaffen, überschattet heute bereits die angebliche Konjunktur mancher Wirtschaftsgebiete. Denn auf der einen Seite sollen Industrie und Verwaltungsapparat immer mehr rationalisiert werden, um konkurrenzfähig zu bleiben und den Steuersäckel des Bürgers zu entlasten, aber auf der anderen steht die Zwangslage, für immer mehr Menschen Arbeitsmöglichkeit schaffen zu müssen. Bleibt diese dualistische Entwicklung sich selber überlassen, so dürfte der Tag nicht mehr fern sein, an dem, wie im Jahre 1933, jeder fünfte Deutsche stempeln geht. Daß sich weder Deutschland noch Europa die Bildung eines solchen Nährbodens für alle möglichen Radikalkräfte erlauben kann, steht schon in Anbetracht des west-östlichen Spannungsverhältnisses außer Zweifel. Aber eben diese Gefahr ist gegeben.

Abgesehen von solchen düsteren Zukunftsprognosen gibt auch die gegenwärtige Situation Anlaß zu Sorgen. Sorgen der Bundesregierung, die heute schon jährlich über eine Milliarde DM für Arbeitslose aufzubringen hat. Und Sorgen der eininhalb Millionen, die von dieser Unterstützung zu leben gezwungen sind. Natürlich gibt es auch eine ganze Reihe „ewiger Arbeitsloser“, die das wöchentliche, stundenlange Anstehen vor den Arbeitsämtern lieber in Kauf nehmen, als einer geregelten Beschäftigung nachzugehen. Aber ihre Zahl ist verschwindend klein neben den Arbeitswilligen.

In den durch den Rundfunk und die Presse veranstalteten Aussprachen kam immer wieder spontan zum Ausdruck, daß selbst Männer zwischen 60 und 70 Jahren, von denen in Westdeutschland über 150 000 im Ausstand sind, jede Arbeit sofort übernehmen würden, wenn nur jemand etwas für sie zu tun hätte. Aber die Arbeitgeber scheuen davor zurück, in ihren Betrieben mehr ältere Leute als unbedingt notwendig einzustellen. Auch Frauen, deren Arbeitslosenziffer nahezu eine halbe Million beträgt, werden von den Entlassungen immer nachhaltiger betroffen. Der Rückgang der Aufträge für das Handwerk stellt auch die Ursache dafür dar, daß immer noch weit über 100 000 Jugendliche ohne Lehrstelle sind. Daß unter solchen Umständen die Arbeitsaussichten für die täglich neu einströmenden illegalen Flüchtlinge in den meisten Fällen hoffnungslos sind, läßt sich trotz aller optimistischen Debatten nicht mehr beschönigen: Infolge dieser wirtschaftlichen Misere aber wächst mitten in Europa ein neuer Stand von ausgestoßenen und hoffnungslosen Menschen jeglichen Alters und jeglichen Berufs heran, der bei weiterer Verdichtung gleich einem Pulverfaß zur gegebenen Zeit entzündbar sein wird. Diese Art der „asozialen Aufrüstung“ dürfte heute schon in Deutschland schwerer wiegen, als alle Gerüchte und Diskussionen um das Wiederaufleben eines neuen Militarismus.

Das ist der ungeschminkte Tatbestand, der sich bei objektiver Betrachtung der wachsenden, deutschen Arbeitslosigkeit ergibt. Denn selbst, wenn die Einzelnen dieser soziologischen Elendszone unserer Zivilisation noch guten Willens sind, so werden sie im Kollektiv derselben Notlage zwangsläufig in kollektivistische Reaktionen einbezogen, deren beide Gegenpole Nationalismus und Kommunismus

heißen. Es ist nicht von ungefähr, daß sich die neue, bolschewistische Taktik in Osteuropa der Tendenz eines national verbrämten Kommunismus befleißigt und besonders die diesbezügliche Anfälligkeit der Jugend systematisch ausnützt. M.B.

Bundestag zum ECA-Abkommen

Fortsetzung von Seite 1

Führung des Marshall-Plans „nur noch wenig Zeit“ zur Verfügung stehe. In diesem Sinne — so meinte Dr. Pünder — müsse man auch bei der Beratung über das ECA-Abkommen im Bundestag verfahren.

Der Sprecher der Opposition, Professor Dr. Baade (SPD) bemängelte die geringe Zuteilung von Marshallplangeldern an Deutschland als dem „bedürftigsten Land“ und die Rückzahlungsklauseln. Nachdem auch die anderen Fraktionen durch ihre Sprecher zu dem Abkommen Stellung genommen hatten, wurde der Gesetzentwurf zur weiteren Beratung vor der zweiten Lesung dem zuständigen Ausschuss überwiesen.

Notaufnahme von Deutschen

Solange es in der Ostzone Konzentrationslager gebe, müsse man mit einem ständigen Zustrom von dort in den Westen rechnen. „Es gibt für viele jenseits des Eisernen Vorhangs keine andere Möglichkeit, ihr nacktes Leben zu retten“. Dies erklärte der Abg. Bielig (SPD), der den Antrag begründete, deutsche Staatsangehörige jederzeit in das Gebiet der Bundesrepublik aufzunehmen. Die Regierungsparteien stellten sich dazu auf den Standpunkt, daß man der Aufnahme „echter“ Flüchtlinge aus der Ostzone keine Schwierigkeiten bereiten dürfe. Dagegen sei eine unkontrollierte Einwanderung von Ostzonenbewohnern nicht opportun. Im Vordergrund müsse der „Flüchtling ausgleich der alten Flüchtlinge“ stehen. Erst dann könne man auch mit den Ostzonenflüchtlingen Klarheit schaffen.

In dem Augenblick, als der Führer der Opposition, Dr. Kurt Schumacher, wie üblich von seinem Parteifreund, dem Führer der Berliner SPD, Franz Neumann, gestützt, den Plenarsaal betrat, nahm der Minister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, das Wort und erklärte, daß die Bundesregierung unter allen Umständen mit der SPD in der Frage der Ostzonenflüchtlinge zu einer Meinungsübereinstimmung kommen wolle. Man müsse aber bedenken, daß der jetzt vorgelegte Entwurf zu einer Leerung der Ostzone führen werde, aus der bisher rund 1,3 Millionen Menschen nach Westen ausgewichen seien. Minister Kaiser forderte eine Eindämmung dieses Flüchtlingsstroms, der bestenfalls aus 10% „echten“ Flüchtlingen bestünde, während er sich zu 60% aus unzufriedenen Elementen und zu einem nicht geringen Teil aus Rentenempfängern zusammensetzte, die man „drüben los sein wolle“. Aber es seien auch viele Agenten unter den „Flüchtlingen“, die nur herüberkämen, um Unruhe zu stiften. Mit großem Ernst müsse man auf die etwa 60 000 umherwandernden heimatlosen Jugendlichen hinweisen, unter denen sich etwa 40% weibliche Personen befänden.

Onnen bleibt immun

Die beantragte Aufhebung der Immunität des Abg. Onnen (FDP), dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit, begangen im Jahre 1942, vorgeworfen werden, war ein weiterer Gegenstand der Beratung. Der Immunitätsausschuss sprach sich durch seinen Berichterstatter Prof. Dr. Hermann Brill für Beibehaltung der Unverletzlichkeit des Abgeordneten aus, wobei der SPD-Abgeordnete die Tatsachen schilderte, die zu dem Vorwurf gegen Onnen geführt hatten. Wörtlich erklärte Brill, daß „die Integrität des Parlaments in diesem Falle über das Interesse an der Strafverfolgung“ zu stellen sei. Das schon merklich gelichtete hohe Haus beschloß bei zahlreichen Stimmhaltungen antragsgemäß.

Labour plant neuen Fünfjahresplan

Scharfe Angriffe gegen die Konservativen

London (DND). Die britische Arbeiterpartei hat am Mittwoch ihr Programm für die bevorstehende Wahl veröffentlicht. Als Kernstück ihres innerpolitischen Programms bezeichnet die Labourparty einen neuen Fünfjahresplan, weitere Verstaatlichungsmaßnahmen und Vollbeschäftigung. Private Unternehmen, die den Interessen des Gesamtwohls dienen, sollen mehr als bisher unterstützt werden. Dagegen sollen private Unternehmer bekämpft werden, die diese Voraussetzungen nicht erfüllen.

Auf dem Gebiete der Außenpolitik will die Arbeiterpartei weiterhin mit allen Ländern zusammenarbeiten, die gewillt sind, sich für die Sache des Friedens einzusetzen. Ferner will sie sich besonders um die Gestaltung des Commonwealth, der atlantischen Gemeinschaft und der westeuropäischen Organisationen bemühen. Im übrigen enthält das Programm scharfe Angriffe auf die Konservativen, die als die „Apostel einer Politik der Privilegierten“ bezeichnet werden.

Die britische Presse hat das Wahlprogramm der Arbeiterpartei kühl aufgenommen. Mit Ausnahme der Labour-Blätter kritisieren alle Zeitungen, daß mit keinem Wort auf vorliegende Probleme, wie zum Beispiel die Dollarkrise, die amerikanische Hilfe und die Finanzpolitik eingegangen werde.

Die konservative Partei wird ihr Wahlprogramm erst Anfang der nächsten Woche veröffentlicht. Man nimmt an, daß Churchill aber bereits in seiner Rundfunksprache am Samstag die wesentlichsten Punkte herausstellen wird.

London dementiert Zeitungsberichte. Ein Vertreter des britischen Außenministeriums bestritt die Richtigkeit von Zeitungsberichten,

Regierungserklärung über Ströle

Landtag lehnt vorzeitige Diskussion ab

D.P. Stuttgart. Zu Beginn der Mittwochsitzung des Württ.-Badischen Landtags gab Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier in der Angelegenheit des verhafteten Chefklägers der Zentralsprachkammer Ludwigsburg und des mit der Führung der Geschäfte des Betreuungsministeriums beauftragten Ministerialrats Ströle folgende Erklärung ab:

„Weder das Staatsministerium noch Ministerialrat Ströle selbst haben bis zur Stunde eine amtliche Kenntnis über die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Ministerialrat Ströle. In der Pressekonferenz vom 16. Januar 1950 hat der zuständige Staatsanwalt vielmehr erklärt, daß auf der Liste der Beschuldigten kein höherer Ministerialbeamter stehe.“

Zur Sache ist folgendes zu bemerken: Ministerialrat Ströle führt erst seit 3. Oktober 1949 die Geschäfte des Betreuungsministeriums. Für die vorherige Zeit trägt er keine Verantwortung. Die dem Chefkläger May vorgeworfenen Verfehlungen liegen nach den Meldungen vor diesem Zeitpunkt. Ministerialrat Ströle ist an ihnen nicht beteiligt.

Eine von mir vorgenommene Nachprüfung der von dem früheren Flüchtlingskommissar Ernst Stokinger geschriebenen Briefe ergibt, daß dieser an Ministerialrat Ströle keine Strafanzeige gegen den Chefkläger May oder andere Personen wegen Korruption erstattet hat. Es entfällt demnach auch insofern der Vorwurf einer Amtspflichtverletzung und des weiteren der Verdacht einer strafbaren Handlung.

Ich habe Herrn Ministerialrat Ströle aufgefordert, sein Amt weiterzuführen. Es ist Vorsorge getroffen, daß eine etwaige Untersuchung ohne Einflußnahme und Behinderung sich vollziehen kann.“

Der Abg. Pflüger (SPD) beantragte, die mit der Angelegenheit May zusammenhängenden Fragen vor dem Landtag zu erörtern. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt, da ihn nur die KPD-Fraktion unterstützte.

Der Landtag befaßte sich weiter mit einer SPD-Anfrage, ob das Finanzministerium bereit sei, aus Staatsmitteln den Gemeinden Beträge zur Verfügung zu stellen, die diese in die Lage versetzen, Handwerkerrechnungen für die Instandsetzung der von DP's geräumten Siedlungshäuser zu bezahlen. Wie der Vertreter des Finanzministeriums mitteilte, waren insgesamt 715 Häuser beschlagnahmt worden, deren Wiederherichtung etwa 15 Millionen DM erfordert. Die Entscheidung über die Anerkennung des Schadens und die Berechtigung, Entschädigungen auszusuchen, liege aber vorerst nur bei der Besatzungsmacht. Das Finanzministerium habe jedoch Vorschüsse bis zur Höhe von 70 Prozent des

von deutscher Seite amtlich festgestellten Gebäudeschadens und von 1500 DM für Mobilar und Einrichtungsgegenstände je Objekt gewährt. Eine endgültige Schadensregelung könne erst nach Anerkennung durch die Besatzungsmacht erfolgen. Mit der Vorschußgewährung sei die Grenze des Möglichen bereits erreicht. Abg. Heitig (SPD) betonte, daß die schnelle Instandsetzung von freigeordneten Wohnraum nicht durch Finanzschwierigkeiten abgebrems werden dürfe. Abg. Theiss (CDU) verwies darauf, daß es sich vielfach um mutwillige und planmäßige „Demontagen“ zum Zeitpunkt der Räumung handele. Er forderte rechtzeitige Kontrolle des Zustandes durch gemischte Kommissionen. Es sei untragbar, für 3500 DP's in Württemberg jährlich 50 Millionen DM und darüber hinaus noch 15 Millionen DM für die Instandsetzung der von DP's demolierten Wohnungen hinauszuwerfen, während man andererseits nicht einmal die Mittel habe, um die Krankenhäuser durchzuhalten. Der Antrag der SPD wurde dem Finanzausschuß überwiesen.

Längere Debatten ergaben sich über die beantragte Auflösung der Straßenverkehrsdirektion Karlsruhe und Stuttgart und die Verteilung ihrer Aufgaben teils auf das Verkehrsministerium, teils auf die Kreis- und Stadtverwaltungen. Sowohl von Seiten des Verkehrsministeriums als auch der SPD-Fraktion wurde der Auflösung der Straßenverkehrsdirektion widersprochen, während sich Abgeordnete der CDU und der DVP nachdrücklich für die Auflösung einsetzten. Der Antrag auf Auflösung wurde schließlich mit allen Stimmen gegen zwei angenommen.

Die Anfrage der SPD wegen des mangelnden Unfallschutzes für Bauarbeiter wurde von Innenminister Ulrich mit dem Hinweis beantwortet, daß die Zahl der Unfälle zwar absolut, aber nicht im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten angestiegen sei. Gegenüber den Vorkriegsjahren 1937/38 sei die Häufigkeit der Unfälle sogar wesentlich gesunken.

Ein SPD-Antrag, Mittel bereitzustellen, um die finanzielle Notlage der karitativen und privaten Krankenanstalten zu beheben, der vom sozialpolitischen Ausschuss befürwortet worden war, wurde dem Finanzausschuß zur weiteren Beratung überwiesen.

Einwände werden überprüft

Ein Brief Dr. Maiers an Leo Wohleb

Stuttgart (DND). Ministerpräsident Dr. Reinhold Maier hat an den Staatspräsidenten des Landes Baden, Leo Wohleb, in der Frage der Neugliederung des Südwesstaates ein Antwortschreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

„Der Ministerrat hat sich in seiner Sitzung vom 9. Januar eingehend mit der Sach- und Rechtslage befaßt und zum Ausdruck gebracht, daß es im Interesse einer alsbaldigen staatlichen Neuordnung im südwestdeutschen Gebiet zu bedauern wäre, wenn es zuträfe, daß bei den Hohen Kommissaren wesentliche Bedenken gegen die Anwendbarkeit des Artikels 118 des Bonner Grundgesetzes vor dem Zeitpunkt des Friedensvertrags bestehen. Der Ministerrat ist der Auffassung, daß Artikel 118 im vollen Umfang anwendbar ist. Er hat bei der Bundesregierung geeignete Schritte eingeleitet, um die Rechtswirksamkeit dieser Bestimmung für die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern klarzustellen.“

Die Hohen Kommissare haben in der Zwischenzeit der Bundesregierung den Vorschlag unterbreitet, die Einwände des französischen Hohen Kommissars gegen die Geltung des Artikels 118 bzw. der Bedeutung des alliierten Vorbehalts im Schreiben vom 12. Mai 1949 durch eine gemischte juristische Kommission prüfen zu lassen. Das Ergebnis dieser Prüfung soll allerdings wiederum von der Alliierten Hohen Kommission genehmigt werden. Die Bundesregierung hat diesen Vorschlag angenommen. Obwohl sich alle drei Landesregierungen über die Gültigkeit des Art. 118 einig sind, dürfte es sich empfehlen, diese Prüfung abzuwarten.“

fung soll allerdings wiederum von der Alliierten Hohen Kommission genehmigt werden. Die Bundesregierung hat diesen Vorschlag angenommen. Obwohl sich alle drei Landesregierungen über die Gültigkeit des Art. 118 einig sind, dürfte es sich empfehlen, diese Prüfung abzuwarten.“

NEUES VOM TAGE

Ende der Heimkehrertransporte?

Hannover (DND). Nach dem Eintreffen der Resttransporte, die zwischen dem 24. und 31. Dezember 1949 aus der Sowjetunion abgehen sollten, sei nicht mehr mit Heimkehrern aus der UdSSR zu rechnen. Dies teilte das niedersächsische Flüchtlingsministerium am Dienstag auf Grund eines Schreibens von sowjetischer Seite mit. Nach Angaben von Heimkehrern sind in der letzten Zeit zahlreiche Gefangene zu langjähriger Zwangsarbeit verurteilt worden. Ein in der Ostzone liegendes Durchgangslager soll in Kürze aufgelöst werden.

Zum dritten Mal den Saal verlassen

Unbequeme Fragen an Sowjetdelegierten

Tokio (DND). Der russische Delegierte verließ am Mittwoch zum dritten Mal den hiesigen Alliierten Rat als Protest gegen den Versuch, die Repatriierung japanischer Kriegsgefangener in der Sowjetunion zur Debatte zu stellen. Der britische Delegierte sagte, er werde diese Frage solange zur Sprache bringen, bis eine Antwort der Moskauer Regierung eingetroffen sei. Im Mai 1949 war von russischer Seite erklärt worden, 95 000 japanische Kriegsgefangene in der Sowjetunion sähen ihrer Heimbeförderung entgegen. Die japanische Regierung erklärte dazu, diese Ziffer lasse das Schicksal von 350 000 japanischen Kriegsgefangenen im Dunkeln.

Paasikivi Wahl gesichert

„Kriegsverbrecher“ werden nicht ausgeliefert

Helsinki (DND). In Finnland haben bei den Präsidentschaftswahlen die Parteien, die sich für die Wiederwahl von Staatspräsident Paasikivi einsetzen, eine eindeutige Mehrheit errungen. Paasikivi kann auf 172 Stimmen in dem aus 300 Wahlmännern bestehenden Wahlkollegium rechnen. Das Wahlkollegium tritt am 15. Februar zusammen. In der Zwischenzeit werden zwischen den Vertretern der verschiedenen Parteien Besprechungen stattfinden.

Der finnische Botschafter in Moskau wird der sowjetischen Regierung die finnische Antwortnote auf die letzte russische Note am Samstag überreichen. Wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, hat die finnische Regierung die Auslieferung angeblicher Kriegsverbrecher abgelehnt. In Helsinki nimmt man an, daß die Sowjetunion in dieser Frage ein zweites Memorandum überreichen wird.

Jessup dementiert Gerüchte. Der Sonderbevollmächtigte Präsident Trumans in Hongkong, Dr. Jessup, dementierte nachdrücklich Gerüchte, wonach die gute Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit Großbritannien und anderen Ländern der freien Welt gelitten habe, weil diese im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten die Regierung der chinesischen Kommunisten anerkannt haben. (DND)

Heuss in Schleswig-Holstein

Ansprache im Kieler Rathaus

Kiel (DND). Bundespräsident Professor Heuss traf am Mittwoch zu einem zweitägigen Staatsbesuch in Schleswig-Holstein ein. In einer Ansprache im Kieler Rathaus ging er auf die Notlage des Landes ein und erklärte, Schleswig-Holstein brauche die Unterstützung der Bundesrepublik. Am Nachmittag besuchte Heuss Eckernförde und Flensburg. Am Abend sprach er zusammen mit Ministerpräsident Diekmann zur Flensburger Bevölkerung.

Zugeständnisse — aber nicht einseitig

Bonn zu den Pariser Verhandlungen

Bonn (DND). Nach der Rücksprache, die Freiherr von Maltzan mit Bundeskanzler Dr. Adenauer über den geplanten französisch-deutschen Handelsvertrag führte, sieht man hier den weiteren Verlauf der Pariser Besprechungen mit allergrößtem Interesse entgegen. Die Bundesregierung sei, so wird erklärt, grundsätzlich bereit, im Interesse der deutsch-französischen Verständigung gewisse Zugeständnisse auch bei den Wirtschaftsverhandlungen zu machen. Ein solches Verhalten habe aber nur dann einen Sinn und sei gegenüber dem deutschen Volk nur zu verantworten, wenn auch auf französischer Seite der Wille zur europäischen Zusammenarbeit erkennbar sei.

Nach einer Meldung aus Paris wurde dort bekanntgegeben, daß die Besprechungen über einen Handelsvertrag zwischen Frankreich und Deutschland am Freitag wieder aufgenommen werden. Bis dahin wird Freiherr von Maltzan nach Paris zurückgekehrt sein.

Über 25 000 Schulen im Bundesgebiet

Eine aufschlußreiche Statistik

v. W. Bonn. In den Ländern der Deutschen Bundesrepublik gibt es nach der letzten statistischen Erfassung 23 179 Volksschulen, 385 Hilfsschulen, 218 Sonderschulen, 550 Mittelschulen und 1220 höhere Schulen. Die Volks-, Hilfs- und Sonderschulen wurden von rund 5 780 000 Schülern besucht, rund 111 000 hauptamtliche Lehrkräfte unterrichteten. An den Mittelschulen wurden rund 173 000 Schüler von etwa 5300 hauptamtlichen Lehrkräften unterrichtet, während in den höheren Schulen auf etwa 538 000 Schüler rund 24 500 Lehrkräfte entfielen. Die Durchschnittsbelegung der Schulklassen ist bei allen Schularten höher als vor dem Kriege, auch entfallen jetzt mehr Schüler auf die einzelnen hauptamtlichen Lehrkräfte.

Bundesrepublik nimmt an Zollunion teil. Die Bundesregierung hat sich bereit erklärt, an der Internationalen Zollunion teilzunehmen. Das Bundeswirtschaftsministerium arbeitet z. Zeit an einer Reform des deutschen Zollsystems. (DND)

Westmächte protestieren in Moskau. Die drei Westmächte Großbritannien, die USA und Frankreich werden in Moskau gemeinsam wegen der Verzögerung beim Abschluß des österreichischen Staatsvertrages Vorstellungen erheben. Die Sowjetunion wird dringend ersucht werden, ihre Sondervershandlungen mit Österreich unverzüglich zu Ende zu führen.

Der amerikanische Außenminister Acheson erklärte auf einer Pressekonferenz in Washington, Amerika lehne es ab, die Frage der Anerkennung der kommunistischen Regierung in China zu erwägen, solange amerikanische Konsulsbeamte in China mißhandelt werden. (DND)

Ein Pole wählte die Freiheit. Der stellvertretende Leiter der polnischen Delegation bei den Vereinten Nationen, Alexander Rudchinsky, ist von seinem Posten zurückgetreten und hat die amerikanische Regierung um Asylrecht als polnischer Flüchtling gebeten. Rudchinsky trat zurück, da er — wie er sagte — in Polen keine Freiheit mehr hätte.

König Haakon eröffnete das Parlament. In Norwegen eröffnete König Haakon die neue Parlamentsperiode mit einer Thronrede. In dieser wurde die Aufhebung der Rationierung der Fettstoffe und der Schuhe für dieses Jahr angekündigt. Das Versorgungs- und Wiederaufbaumministerium werde liquidiert werden, weil die meisten seiner Aufgaben erfüllt seien. (DND)

Staatstheater und Schauspielhaus

Der Finanzausschuß des württembergischen Landtags hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Württembergischen Staatstheater das Stuttgarter Schauspielhaus in der Kleinen Königstraße gegen eine monatliche Gebühr von 4900 DM mieten. Dazu bemerkte Claudius Kraushaar, der Besitzer des Schauspielhauses, daß dies lediglich bedeute, daß in konkrete Verhandlungen wegen der Verpachtung des Theaters eingetreten werde, denn er müsse zuerst prüfen, ob der Pachtpreis zur Deckung der Unkosten ausreiche. Die Verwaltungsabteilung des Stuttgarter Gemeinderats ermächtigte Bürgermeister Hirn, für die Stadt Stuttgart der langfristigen Mietung des Schauspielhauses durch die Württembergischen Staatstheater unter tragbaren Bedingungen grundsätzlich zuzustimmen. (hpd)

Elisabeth Schwarzkopf begeisterte London

Die Aufführung der Puccini-Oper „Madame Butterfly“ im Londoner Opernhaus Covent Garden wurde durch das Auftreten der Wiener Sopranistin Elisabeth Schwarzkopf in der Titelrolle zu einem besonderen Ereignis. Elisabeth Schwarzkopf, die nun ständiges Mitglied des Covent-Garden-Ensembles ist, sang die Rolle zum ersten Male. Ihre Leistung wird von den Kritikern der Londoner Zeitungen besonders gerühmt.

An den Ufern des Mississippi . . .

Louisiana, der „europäische“ Staat — Französische und spanische Tradition bestimmen heute noch sein Gesicht

Von allen Staaten der USA hat keiner eine buntere und romantischere Geschichte als Louisiana am Golf von Mexiko, an der Mündung des Mississippi. Zwar ist es den anderen Staaten in Bezug auf Handel und Wirtschaft durchaus ebenbürtig, doch wird sein Gesicht immer noch von den Traditionen der ersten französischen und spanischen Siedler bestimmt.

Die alte europäische Kultur kommt nirgends besser zum Ausdruck als in den religiösen Festlichkeiten und in der Fastnachtfeier der Vorfastenzeit. Der Karneval wird in New Orleans seit mehr als einhundert Jahren gefeiert. In diesem Jahr fällt der Fastnachtsdienstag auf den 21. Februar. Diesem Tag geht eine ganze Karnevalswoche voraus, die mit einem nächtlichen Umzug eröffnet wird. Die schwankenden Festwagen, mit glitzerndem Plüsch und wehenden Bändern geschmückt, bewegen sich in majestätischer Würde durch die Kanalstraße von New Orleans, die breiteste Verkehrsstraße der Vereinigten Staaten. Die verschiedensten und phantastischsten Themen werden zum Vorwurf dieser lebenden Bilder genommen. Höhepunkt ist die anschließende Parade des „Prinzen Karneval“. Ein großer Teil der Bevölkerung nimmt an diesem Ereignis in Kostüm und Maske teil. Bei Sonnenuntergang müssen die Masken abgelegt werden. Am nächsten Tag, dem Aschermittwoch, beginnen Fasten und Beten der Fastenzeit.

Stadt mit zwei Gesichtern
New Orleans ist die bedeutendste Stadt von Louisiana und der zweitgrößte Hafen der

Vereinigten Staaten. Es besteht in Wirklichkeit aus zwei Städten. Die eine ist eine geschäftige, moderne Großstadt mit Wolkenkratzern, Fabriken und schönen Wohnvierteln. Die andere, die das Franzosenviertel oder „Vieux Carre“ genannt wird, ist eine altertümliche Stadt, die sich seit der Zeit vor zwei Jahrhunderten, als noch die französische Flagge über der Stadt wehte, kaum verändert hat. Die alten Häuser des Franzosenviertels sind auf gleicher Höhe mit den Gehsteigen erbaut. Sie sind mit Balkonen und langen Galerien aus eisernen Verzierungen geschmückt. Pfefferbäume, Palmen und Magnolien umsäumen die Straßen. In den Höfen stehen blühende Oleandersträucher, purpurrote Glyzinen und Brunnen. Gewundene Treppen und prächtige Fenster zieren die Häuser.

Im Süden Louisianas erstrecken sich über viele Kilometer die sogenannten Bayous, träge und sumpfige Ausflüsse aus Flüssen und Seen, wo die gesamte Bevölkerung in Hausbooten oder direkt am Ufer lebt. Der Verkehr erfolgt fast durchweg mit Booten. Tausende von Menschen in diesem Teil des Staates sprechen nur Französisch. Im Kreis Acadia leben die Acadianer, die im Jahre 1765 aus ihren Wohnsitzen in Acadien (Neu Schottland) vertrieben wurden, und sich schließlich in Louisiana niederließen. Sie sprechen einen weichen Dialekt und gehen den gleichen Berufen nach wie ihre Vorfahren. Die Männer fischen nach Garnelen, Krabben und Austern, die Frauen besorgen Haus und Hof, und die Kinder flechten Körbe aus den Blättern der Palmettopalme und spinnen und weben ihre Kleiderstoffe selbst.

Bombe platzt um Walcott-Boxkampf

Manager Heinz Schuble wegen versuchten Druckes von Hundert-Mark-Scheinen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt

Der Heidelberger Manager Heinz Schuble, der den Boxkampf Joe Walcott — Hein ten Hoff veranstalten wollte, wurde am Mittwoch vom Landgericht Frankenthal (Pfalz) wegen des versuchten Druckes von Hundert-Mark-Scheinen zu neun Monaten Gefängnis verurteilt.

Der 24jährige Manager Heinz Schuble und sein 23 Jahre alter Freund und Berater Erwin Rabach (beide Heidelberg), hatten in den letzten Tagen viel von sich reden gemacht. Sie beabsichtigten, den amerikanischen Schwergewichtsboxer Joe Walcott mit dem Deutschen Meister Hein ten Hoff in einem Großkampf herauszubringen. Während noch das Tauschen darum ging, ob Eßlingen, Stuttgart oder Berlin der Austragungsort sein soll, platzte nun die Bombe. Die beiden Heidelberger standen am Mittwoch vor der zuständigen Strafkammer des Landgerichts Frankenthal (Pfalz) wegen Aufforderung und Verabredung eines Verbrechens der Falschmünzerei. Je neun Monate Gefängnis lautete der Urteilspruch. Nach den Bestimmungen des Amnestiegesetzes vom 31. Dezember 1949 wurde beiden Angeklagten eine dreijährige Bewährungsfrist zugestanden.

Seit der Währungsreform erlebte Schuble, der vordem bei Großveranstaltungen viel Geld verdiente, eine Platte nach der anderen. So waren zuletzt 1200 Mark Schulden übrig geblieben. Gerichtsvollzieher waren seither ungern gesehene Gäste im Hause des Managers. Aus dieser Klemme suchte Schuble jetzt einen Ausweg. In Darmstadt wurde Verbindung mit „Freunden“ aufgenommen, die den Druck der raren Hunderter besorgen sollten. In Ludwigshafen nahm man mit einem Angestellten einer Klischeeanstalt Fühlung auf, um die notwendigen Klischees dort herstellen zu lassen. Dabei ging dann die Rechnung nicht mehr auf.

Nun standen zwei junge Leute reumütig vor dem Richter. Sie versuchten, ihr Verbrechen damit zu entschuldigen, daß sie eben Schulden hatten. Ihre „sportlichen Verdienste“

um die geplante Inszenierung des Boxkampfes, Joe Walcott — ten Hoff sollten die Herstellung falscher Geldscheine in einem milderen Licht erscheinen lassen.

Vermutlich dürfte es manchem Stadtvater und manchem Oberbürgermeister, der in letzter Zeit mit Herrn Schuble verhandelte, kalt den Rücken hinunterlaufen. Man fragt sich, wie es möglich ist, daß ein Mann wie Schuble für würdig befunden wurde, Veranstaltungen europäischen Großformats zu arrangieren. Aber ein „Süddeutscher Boxring“ muß ja einer Stadtverwaltung, die mit Sport sonst nicht viel zu tun hat, als möglicher Vertragspartner für eine große Veranstaltung gut genug sein. Völlig unverständlich ist nur, wie sich eine deutsche Sportbehörde bereithalten konnte, eine Veranstalter-Lizenz an einen jungen Mann zu geben, der gar keine eigenen Mittel einzusetzen hatte und dessen charakterlichen Qualitäten zumindest nicht feststanden. Man erinnert sich bei dieser Gelegenheit, daß Schuble vor zwei Jahren auch die vieldiskutierte Süddeutschland-Reise Max Schmeling's managte und dadurch zweifellos „hoffähig“ wurde.

Der „Verband Deutscher Berufsboxer“ wird gut daran tun, manchen Leuten etwas mehr auf den Zahn zu fühlen, wenn das geringe Ansehen des deutschen Berufsboxsportes nicht vollends vor die Hunde gehen soll. Allzu viele unsaubere Geschichten sind in den letzten Jahren mit dem Berufsboxsport-Geschäft verknüpft gewesen. (ISK)

Prozeß gegen „Künstlerklausen“-Direktor

Stuttgart (hpd). Der Direktor der „Schwäbischen Künstlerklausen“, Willi Korn, ist bekanntlich des widerrechtlichen Besitzes ausländischer Währung, der Zollhinterziehung und des Bestechungsversuches an einem amerikanischen Beamten angeklagt. Der Prozeß vor einem amerikanischen Militärgericht mußte auf den 8. Februar verlagert werden, weil der amerikanische Verteidiger des Angeklagten nicht zur Verhandlung, die nach Mannheim anberaumt war, erscheinen konnte.

Kriegsopfer warten auf Versorgung

Das Schicksal von 5 Millionen Menschen muß besser gestaltet werden

v. W. B. n. n. Der Vorsitzende des Verbandes der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner, Bundestagsabgeordneter Helmut Bazille, sprach am Mittwoch vor den Bonner Journalisten über die Aufgaben seines Verbandes und die Lage der Kriegsopfer im allgemeinen.

Zwei große Gruppen von Kriegsbeschädigten seien in der Bundesrepublik vorhanden, und zwar der „Reichsverband der Kriegsbeschädigten“ in der britischen Zone mit rund 300 000 Mitgliedern und der „Verband der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Sozialrentner Deutschlands“, der rund eine Million Menschen betreue. Durch ihn seien auch die Opfer der Arbeit — also die Sozialrentner — erfaßt und eine Heimkehrerbetreuung eingerichtet worden, letztere freilich mit zeitlich begrenzten Aufgaben, da der Begriff des Heimkehrers schon einige Zeit nach dessen Rückkehr fortfalle.

Bazille wandte sich sodann gegen eine Berichterstattung durch die Presse, die in den Kriegsopfern falsche Hoffnungen erweckt habe und künftig auch erwecken könne. Die Kriegsopferversorgung sei zur Zeit Länderrecht, und das vom Bundestag geplante „Überbrückungsgesetz“ könne kaum unmittelbare

Hilfe bringen, da der Bund erst ab 1. April 1950 über eigene Finanzhoheit verfüge.

Erfreulich sei aber die Einigkeit des größten Teiles der Bundestagsabgeordneten in der Frage der Kriegsopferversorgung, die „kein Gegenstand parteipolitischer Agitation werden dürfe“.

Das Ziel eines neuen einheitlichen Bundesversorgungsgesetzes, über das die Diskussion noch nicht eröffnet wurde, sei es, das Schicksal von fünf Millionen Menschen besser zu gestalten. Man müsse dabei aber die allgemeine Notlage in Deutschland berücksichtigen und dürfe auf die finanzielle Auswirkung des Gesetzes keine allzu großen Hoffnungen setzen.

In diesem Zusammenhang stellte der Abgeordnete Bazille fest, daß in England bei etwa gleicher Bevölkerungszahl wie Deutschland aus beiden Weltkriegen nur rund 500 000 Kriegsopfer zu versorgen seien, während bei uns zehnmal soviel einen Anspruch auf Versorgung als Kriegsopfer oder als Opfer der Arbeit haben dürften. Jedenfalls rechne man in der Bundesrepublik mit etwa 2,5 bis 3 Milliarden DM jährlich, die notwendig sein werden, um in bescheidenstem Umfang die moralische Verpflichtung der Gesamtbevölkerung gegenüber den Kriegsversehrten einzulösen.

AUS DEM WIRTSCHAFTSLEBEN

Haushaltsvorschlag für

Württemberg-badische Arbeitsverwaltung

Der Haushaltsvorschlag der württemberg-badischen Arbeitsverwaltung für das am 1. April 1950 beginnende neue Etatjahr ist dem württemberg-badischen Finanzministerium zugeleitet worden. Der Entwurf weist Ausgaben in Höhe von rund 295 Mill. DM auf, wovon 170 Mill. DM auf Württemberg und 125 Mill. DM auf Baden entfallen. Unter anderem sind für Zahlungen nach dem Kriegsbeschädigten-Leistungsgesetz in Nordwürttemberg 110 Mill. DM, in Baden 76 Mill. DM, für Zuschüsse an die Sozialversicherung in Nordwürttemberg 37 Mill., in Baden 24 Mill. und für die Arbeitslosenfürsorge in Nordwürttemberg 17 Mill. und in Baden 23 Mill. DM vorgesehen. Für Baden hat sich der Zuschuß für die Arbeitslosenfürsorge gegenüber dem Vorjahr um 7,8 Mill. DM erhöht. (VWD)

Fällt die Preisbindung für Rinder und Kälber?

Über die Aufhebung der Preisbindung bei Kälbern und Rindern wird in Kürze eine entsprechende Vorlage durch das BEM an das Kabinett erwartet. Auch der Ernährungsausschuß des Bundestages billigte auf seiner letzten Sitzung die Lockerung auf diesem Sektor. Weiterhin bereitet die Regierung die Aufhebung der Bewirtschaftung und Preisbindung von Melasse vor, die in einem Antrag von der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages gefordert war.

Grundsteuervergünstigung nur für 5 Jahre

Die Grundsteuervergünstigung im Rahmen eines ersten Gesetzes zur Förderung des Wohnungsbaues, die nach einem Entwurf für einen Zeitraum von 20 Jahren vorgesehen ist, kann nach Ansicht des Finanzausschusses des Bundesrates zunächst nur für eine Dauer von

fünf Jahren voll erlassen werden. Die Länderfinanzminister sind der Ansicht, daß eine Grundsteuervergünstigung für einen längeren Zeitraum nicht gewährt werden könne, da sich die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik nicht vorhersehen lasse. Grundsteuervergünstigungen, soweit es sich um den Aufbau zerstörter Wohnräume handelt, sollen von den Ländern, bei Neubauten dagegen von den Gemeinden getragen werden. (VWD)

Zürcher DM-Kurs weiter anziehend

Der Kurs der DMark auf dem amtlichen freien Devisenmarkt in Zürich hat am 17. Januar weiter angezogen. Für 100 DM wurden Notierungen von 83,50 bzw. 85,00 sfrs genannt, womit ein neuer Höchststand erreicht wurde. Am 16. Januar stellte sich der DM-Kurs zuletzt auf 83,00 bzw. 84,00 sfrs. Nach Ansicht Schweizer Bankkreise ist die Steigerung der DM-Notierung in der Schweiz auf eine Verminderung der DM-Bestände in der Schweiz zurückzuführen. Auch eine Stabilisierung des Verhältnisses zwischen Dollar und DMark wird von Schweizer Seite für die Festigkeit des DM-Kurses angeführt. (VWD)

Wetterbericht

Übersicht: Ein Hochdruck über Nord- und Osteuropa bestimmt das Wetter unseres Gebiets während der nächsten Tage. Dabei drängt Festlandkaltluft aus Osten über ganz Mitteleuropa nach Westen vor.

Vorhersage: Am Donnerstag und Freitag bei wechselnder Bewölkung höchstens geringfügige Schneefälle. Kalt. Temperaturen auch tagsüber auf unter Null bleibend. In der Nacht Frostverschärfung. Tiefsttemperaturen zwischen minus 5 und minus 10 Grad. Mäßige Winde aus östlicher Richtung.

AUS DEM SÜDWESTEN

Unbekannte überfielen Pfarrfrau

Waiblingen (DND). Auf der Straße Fellbach-Rommelshausen wurde eine 54jährige Pfarrersfrau aus Rommelshausen kurz vor ihrem Wohnort von zwei unbekannten Burschen überfallen und ihrer Handtasche beraubt.

Vom Soziussitz geschleudert

Nürtingen (DND). Dieser Tage wurde eine 53jährige Hausfrau beim Überschreiten der Straße Weilheim-Kirchheim/Teck von einem Motorradfahrer angefahren, wobei sie sich einen Knöchelbruch zuzog. Die auf dem Sozius mitfahrende Ehefrau des Motorradfahrers wurde zu Boden geschleudert. Sie erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß sie im Kreiskrankenhaus Göppingen starb.

PKW von Lokomotive erfaßt

Nürtingen (DND). Auf der Straße Brucklen-Unterlenningen ereignete sich dieser Tage ein schwerer Unglücksfall. Ein Volkswagen überholte kurz vor dem schienengleichen, unbeschränkten Bahnübergang zwischen Brucklen und Unterlenningen einen PKW, als zur gleichen Zeit aus Richtung Brucklen sich ein fahrplanmäßiger Personenzug näherte. Obwohl der Fahrer versuchte, seinen Wagen zum Stehen zu bringen, wurde das Fahrzeug von der Lokomotive erfaßt und schwer beschädigt.

Neuer Rektor der Marbacher Volksschule

O.W. Marbach. Zum Rektor der Volksschule wurde der seitherige Schulleiter von Hattenhofen (Kreis Göppingen), Eugen Lang, ernannt. Rektor Lang ist ein erfahrener Schulleiter und auch auf musischem Gebiet tätig. Bei seiner feierlichen Einsetzung wurde von den Rednern besonders auf die hohe Verpflichtung hingewiesen, die eine Tätigkeit als Erzieher in der Geburtsstadt Friedrich Schillers auf kulturellem Gebiet in sich schließt. Die bisherigen Direktoren der Marbacher Volksschule haben Wertvolles zur Schillerforschung beigetragen.

Das Ende einer Familientragödie

A.L. Reutlingen. Am 28. Juli vergangenen Jahres wurde die Leiche der an einem chronischen Hirnleiden erkrankten Frau Müller von hier im Neckarkanal gelandet. Wie wir seinerzeit berichtet hatten, standen der Ehemann Heinrich Müller und seine 14jährige Stieftochter, mit der Müller unerlaubte Beziehungen unterhielt, in dem Verdacht des Mordes bzw. der Beihilfe zum Mord. In den Vorverhandlungen widersprachen sich Aussagen, Geständnisse und Widerrufe. Auch in

der Hauptverhandlung konnte nicht geklärt werden, ob die Tochter der Toten ihre Mutter in den Kanal gestoßen hat. Sie wurde darum freigesprochen. Den Vater aber hielt das Gericht der erfolglosen Anstiftung zum Totschlag überführt. Er wurde deshalb sowie wegen Unzucht mit seiner minderjährigen Tochter zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus verurteilt.

Wegen Verdachts der Brandstiftung verhaftet

wh. Backnang. Kürzlich berichteten wir über den Brand einer Baracke in Burgstall. Wie wir nun erfahren, wurde gegen einen Kaufmann aus Backnang auf Anweisung des Marbacher Amtsgerichts die Untersuchungshaft verhängt, weil er der Brandstiftung oder einer Anstiftung dazu verdächtig ist. Die polizeilichen Ermittlungen über den Brand, der auf dem Besitztum des Verhafteten ausbrach, decken sich weitgehend mit der Meinung der Bevölkerung, wonach er die Holzbaracke selbst anzündete oder jemanden dazu anstiftete.

Aller guten Dinge sind — vier!

R. Heilbronn. Der zweite Sieger des Seifenkistenrennens der US-Zone, der Heilbronner Junge Hans Irion, hat sich durch seine „Rennfahrertätigkeit“ bisher drei Fahrräder erfahren. Zum guten Glück fiel auf sein Los, das er in der Weihnachtslotterie für die deutschen Schulen gezogen hatte — wieder ein Fahrrad. Das ist jetzt das vierte.

Vater hielt zwölfjährige Tochter gefangen

Stockach (hpd). Bei der Durchsuchung eines Stockacher Hauses fand die Polizei die zwölfjährige Tochter des Hausbesitzers, die der Rabenvater über zwei Jahre gefangen gehalten hatte. Das Mädchen sollte im Jahre 1947 in eine Fürsorgeanstalt gebracht werden, da es völlig verwahrlost war. Kurz zuvor ließ der Vater das Kind jedoch angeblich in die Schweiz zu seiner Schwägerin bringen. Die Behörde konnte die Wahrheit seiner damaligen Angaben nicht nachprüfen, da er die Anschrift verweigerte. Jetzt zeigt sich, daß seine Angaben nicht auf Wahrheit beruhten. Das verschüttete und bleiche Kind hat das geistige Niveau einer Sechsjährigen und ist an Skroflose erkrankt.

Der todbringende Sprung nach dem Ball

Frankfurt (SWK). Bei einem Fußballspiel in Oberrosbach (Hessen) sprang der 19-jährige Torwart der einheimischen Elf so unglücklich nach einem hohen Ball, daß er in seinem Tor zusammenbrach und tot liegen blieb. Ein anwesender Arzt stellte einen Bruch der Halswirbelsäule fest.

Um den Milchpreis

Einspruch des deutschen Bauernverbandes

Vom Deutschen Bauernverband wird uns mitgeteilt:

Nach eingehender Beratung mit den Vertretern des Deutschen Bauernverbandes hatte der Unterausschuß Milch des Ernährungsausschusses beim Bundestag vorgeschlagen, den Grundpreis für Milch je Liter auf 4,4 Pfennig und den Preis für das Fettprozent auf 5,5 Pfennig festzusetzen. Diese für die Erzeugerschaft notwendige Neuordnung des Milchpreises wurde vom Bundeskanzler Dr. Adenauer abgelehnt und vorgeschlagen, den Grundpreis auf 3,5 Pfennig und den Preis für das Fettprozent auf 5 Pfennig absinken zu lassen. Das bedeutet für die deutsche Landwirtschaft einen Erlösausfall bei einer Haupterntequelle von 2 bis 3 Pfennig je Liter Milch, ein Verlust, der angesichts der gesamten Lage für das Landvolk in keiner Weise tragbar ist.

Gegen die ablehnende Haltung des Bundeskanzlers gegenüber dem Vorschlag des Unterausschusses Milch hat der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Minister a. D. Dr.

Hermes, in einem an sämtliche Kabinettsmitglieder gerichteten Telegramm Einspruch erhoben, der auch an die landwirtschaftlichen Abgeordneten des Bundestages weitergeleitet worden ist. In seinem Schreiben weist Dr. Hermes darauf hin, daß Butterpreise und Butterangebote zur Zeit bis zum letzten Verbraucher frei seien. Die Preise hätten sich auf den Preis der Auslandsbutter eingestellt, der etwas höher liegt als der vorgeschlagene deutsche Butterpreis. Jede Verzögerung der vom Deutschen Bauernverband und dem Unterausschuß Milch vorgeschlagenen Lösung ermöglichen nur unbeabsichtigte Zwischenhandelsgewinne, ohne dem Verbraucher irgendeinen Nutzen zu bringen. Es bestehe vielmehr die Gefahr, daß deutsche Butter als Auslandsware auf den Markt komme. Die Folge der ablehnenden Haltung des Kanzlers sei jedoch eine starke Senkung der Preise in den landwirtschaftlichen Erzeugnissen, vor der eindringlich gewarnt werden müsse, zumal da die derzeitige Preisentwicklung bei landwirtschaftlichen Produkten geeignet sei, zu einer Katastrophenstimung unter den deutschen Bauern zu führen.



Rauhreif ist keine Zuckerstange.
Hein schmeckt es bald.
Hein schmeckt es kalt,

Hein schmeckt es lange,
denn unser Hein ist mal nicht bange.
pit

Die letzte Erfindung

Dr. Sven Sörensen, Nobelpreisträger, Ehrenpräsident der Medizinischen Weltuniversität, Ritter des Gesundheitsordens aller Klassen und Verfasser des Buches „Wie werde ich unsterblich?“, hatte sich im Jahre 1956 aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen, um sich ausschließlich den Arbeiten an seinem Wunderheilmittel „Vivicy“ zu widmen, dessen Wirkung die Heilkraft von Penicillin und Streptomycin übertrafen, ja, wenn man den vorsichtigen Voraussetzungen des Professors glauben durfte, den Tod selbst überwinden würde. Schon hatte er das Leben der Eintagsfliegen durch Bestäuben mit Vivicy auf fünf Jahre verlängert und dem blinden Deckhengst Truden, der im königlichen Marstall das Gnadenbrot fraß, durch zwei Injektionen neue Zeugungskraft verliehen; auch hatte er den einzigen Pestfall, der sich 1959 in Schweden ereignete, mit zwei Vivicytropfen geheilt.

Alles hing nun davon ab, das Mittel gegen alle Krankheiten und Alterserscheinungen der Menschheit wirksam zu machen und die richtige Dosierung herauszufinden. Denn den neunzigjährigen Gärtner Dr. Sörensen, der an Lungenentzündung erkrankt war, hatte eine Einspritzung zwar augenblicklich gesund gemacht, doch war er innerhalb weniger Tage um einen halben Meter gewachsen und hatte zwei Milchzähne in der Größe von Walroßhäutern bekommen.

Tag und Nacht saß der Gelehrte in seinem Laboratorium, stellte Berechnungen an, mischte, braute, injizierte seinen Versuchstieren das Wundermittel, das neben seiner unübertrefflichen Heilkraft leider immer noch erschreckende Nebenwirkungen hervorrief. So wuchsen einem altersschwachen Kamel aus dem Zirkus „Lamasani“ zwei neue Höcker, eine Hyäne begann plötzlich wie eine Lerche zu trillern, während ein Orang-Utan, der sich im Kampf mit einem Nebenbuhler den Halswirbel gebrochen hatte, nach sofortiger Heilung durch Vivicy alle Jungen des Affenkäfigs säugen wollte.

Endlich aber — wir schreiben mittlerweile das Jahr 1963 — war es Dr. Sörensen gelungen, sein Heilmittel so zu vervollkommen, daß es nicht nur alle Krankheiten vom Heuschnupfen über Hundswut zu Krebs und Cholera und alle Verletzungen und Verwundungen überwand, sondern den Menschen auch eine Lebensdauer von durchschnittlich 900 Jahren sicherte. Ein Tropfen Vivicy genügte, um einen Mann für zehn Jahre gegen alle Bazillen und Bakterien immun zu machen und ihm, so nebenbei, herkulische Kräfte zu verleihen.

Eine Flasche des Lebenswassers bei sich tragend, fuhr der stolze Erfinder von seinem Landsitz ins Ministerium, um dem Direktor des Gesundheitswesens zu eröffnen, daß das Goldene Zeitalter angebrochen sei und die Menschheit auf dem Wege zur Unsterblichkeit den entscheidenden Schritt voran getan habe. Ungeduldig wartete Dr. Sörensen im Empfangszimmer auf den Minister, der, wie ihm bedeutet wurde, einer außerordentlichen Konferenz beiwohnte, die vom Verteidigungsministerium einberufen worden war. Als der Direktor des Gesundheitswesens nach fast zwei Stunden endlich erschien, standen dicke Schweißperlen auf seiner Stirn, und er griff nach seinem Herzen, als drohe ihm ein Anfall zu überwäligen. Ein Tropfen Vivicy, von Dr. Sörensen sofort eingegeben, zeigte nicht die geringste Wirkung. Der Gelehrte hatte das Empfinden, als griffen Gletscherkrallen nach ihm. Sollte die Arbeit von Jahrzehnten umsonst gewesen sein, hatten ihn Trugbilder genarrt? Als hätte der Minister seine Befürchtungen erraten, sagte er mit einer resignierenden Handbewegung: „Gegen Furcht gibt es kein Heilmittel.“

„Gegen Furcht?“ fragte Dr. Sörensen ungläubig, als hätte er sich verhöhrt. „Mein Mittel bietet dem Tode Trotz, und da die Furcht vor Krankheit und Tod die Menschheit wie mit Spinnenfäden einschnürt, überwindet es auch die Angst!“

„Wenn es Ihnen gelungen ist, das Elixier des Lebens herzustellen“, erklärte der Minister müde, „so sind Sie zweifellos der bedeutendste Mann des Jahrhunderts. Und doch muß ich Ihnen eröffnen, daß Sie sich vergeblich bemüht haben. Unser aller Leben und Mühen war umsonst“, setzte er nach einer kurzen Pause hinzu und bedeckte seine Augen mit der Hand.

Dr. Sörensen saß wie erstarrt in dem kostbaren Ledersessel des Empfangsraumes, dessen Wände mit Gobelins und Gemälden aus früheren Epochen geschmückt waren. Wie im Traum hörte er die Worte des Ministers: „Sie sind von einem fürchterlichen Gegner übertrumpft worden. Während Sie, Dr. Sörensen, in den letzten sieben Jahren in der Abgeschlossenheit Ihres Landsitzes rastlos an der Vervollkommenung Ihres Allheilmittels arbeiteten, wurden die Vernichtungswaffen derart ausgebildet, daß ihre Anwendung den Untergang ganzer Erdteile bedeuten würde. Fieberhaft bemühten sich die Gelehrten unseres Staates mit den Forschungsergebnissen der Großmächte auf dem laufenden zu bleiben. Denn nur das Gleichgewicht auf dem Gebiet der Entdeckungen und Erfindungen kann noch den Weltfrieden garantieren.“

Heute ist uns von der Abwehrzentrale die Nachricht zugegangen, daß die Njetwigen, die unversöhnlichen und unerbittlichen Feinde Europas, als erste eine Waffe entwickelt haben, die die kosmische Strahlung in den Dienst der Vernichtung feindlicher Kontinente stellt. Die gewaltigsten Superatombomben sind ein Kinderspielzeug im Vergleich mit den Njetwigen Spiegelröhren, die die kosmischen Strahlen auf feindliche Länder lenken. Und da die Njetwigen alle Völker, die ihr Regierungssystem nicht akzeptieren, als Feinde ansehen, ist auch unser Land dem Untergang geweiht.“

„Goldenes Zeitalter — Unsterblichkeit — Gottes Ebenbild... Atombombe — Bazillenschrappell — kosmischer Strahlungsmörser“, schoß es Dr. Sörensen durch den Kopf.

In demselben Augenblick fiel alles in Europa in sich zusammen: Menschen und Häuser zerbrachen in Asche, Flüsse trockneten aus, Gebirge polterten durcheinander. Ehe aber Dr. Metchugg, der Erfinder des Spiegelröhren, mit dem Titel „Held von Njetwiga“ und dem Großen Vernichtungsorden ausgezeichnet werden konnte, war längst auch alles Leben in diesem Staate erloschen. So wie eine falsche Dosierung des Wunderheilmittels Vivicy einem Kamel fünf Höcker hatte wachsen lassen, richtete ein winziger Konstruktionsfehler die verheerende Wirkung der Wunderwaffe auch gegen das Land ihrer Erfinder.

Dreißig Jahre später saßen kleine Rudel Überlebender in weitabgeschiedenen Tälern Europas und Njetwigas und sahen voll ehrfürchtigem Staunen ihren Anführern zu, die durch das Zusammenschlagen von Steinen Funken erzeugten. Als es ihnen gelungen war, mit diesen Funken trockenes Laub zu entzünden, als das Feuer emporloderte, fielen sie auf die Knie und beteten ihren Leitmenschen an. „Prometheus!“ schrien sie mit schwerer Zunge, „Sohn der Götter, führe uns zum Licht!“

Siebttausend Jahre später hatte Dr. Sörensen jun. eben wieder das Allheilmittel und Lebenswasser Vivicy erfunden, als... usw. usw. usw.

DIE EINKEHR

Die schwarze Schwänin

Von Mia Munier-Wrublewski

Am Morgen des Petristuhfestes war die alte Uwen bei ihrer Schwiegertochter Ing und verlangte Dankkies, ihres Sohnes Kind, zu sehen. Ing beobachtete die Alte ängstlich, während sie mit ihr an der Wiege stand. „Meinst du nicht, daß er schon viel verständiger aussieht? Er entwickelt sich freilich langsam, aber...“

Das Gesicht der Alten wurde feindselig, es war wie von glanzlosem, braunem Papier verknittert und überstaubt. „Warum sagst du, was du selber nicht glaubst? Reden wir die Wahrheit, dein Kind ist ein Pjatt.“ Ing bedeckte bei den schonungslosen Worten ihr Gesicht mit beiden Händen, stand bewegungslos. Die Alte beugte sich über die Wiege. „Er sieht nichts, er hört nichts, er will nur essen und schlafen. Ja, so ist es, und wie es ist, so soll man es sagen, denn es ist die Wahrheit.“

Ings Arme sanken schlaff. Sie bat: „Vergebt mir. Es ist meine Schuld, wenn es so ist, wie Ihr sagt.“ — „Du schwatzezt dumm Zeug“, fuhr die Alte los, „das ist alles ganz anders. Es ist ein Erbe, ein böses Erbe von den Sörensen. Komm, sitz nieder! Heute sollst du alles wissen!“

Kalte Februarsonne warf durch die Fenster des Pesels lange Nachmittagslichter über die blankgewachste Diele bis zur Bank am Ofen. Die Alte begann: „Ich hatte viele Freier. Wer mich heute sieht, der lacht, wenn ich das sage. Jetzt bin ich eine alte Hexe. Damals war es anders. Sie haben mich die schwarze Schwänin genannt. Stolz war ich, keiner durfte an mich heran. Ein reicher Bauer von Föhr wollte mich haben. Das wäre meinen Eltern recht gewesen. Meine Brüder waren auf Grönlandfahrt geblieben. Da kam Christoffer Uwen nach Amrum, und als er seinen Arm um den Hals der Schwänin legte, hackte ihr Schnabel nicht. Es war ihr wohl in seinem Arm.“

Die Eltern mochten von einer Heirat nichts wissen. Warum wollten sie es nicht? Das hatte guten Grund. Heute weiß ich es, damals aber habe ich meine Ohren verstopft. Ich wußte nur, daß es mich nach Christoffer Uwen verlangte.

Mein Vater wußte es besser: daß Christoffers Mutter-Vater Sörensen in trübem Sinne einen Strick genommen und sich am Stallgiebel aufgeknüpft hatte, daß seine Mutter-Schwester von schwachem Verstande und bisweilen böseartig war. Und Christoffers Schwester nannten die Leute die dumme Hanne.

Da meine Eltern ihm ihre Schwelle verwehrten, ging ich heimlich mit ihm übers Watt

nach Föhr. Hernach mußten die Eltern sich fügen, der Pastor gab uns seinen Segen und bald hatte ich einen Jungen, einen großen, starken wie deiner da in der Wiege, mit einem sehr großen Kopf und mit den leeren Augen ohne Licht, alles wie bei dem, den du zur Ebbezeit geboren hast. Bei meinem sah ich oft den Troll, dann fletschte er die Zähne, und in seinen Augen war ein gelber Spalt, da schielten die Unterirdischen heraus und höhnten mich: nun hast du ein Kind vom schönen Christoffer, du stolze schwarze Schwänin! So haben sie mich genarrt und geschreckt, bis ich toll wurde und mein Herz einen Haß bekam auf das Kind.

Im vierten Jahr meiner Ehe kam Christoffer nicht heim vom Eismeer. Dankkies, mein Zweiter, war nur wenige Monate alt, sein Vater hat ihn nie gesehen. Dankkies wurde schön und klug, je mehr ich ihn liebte, je mehr verachtete ich den andern, der war voller Tücke und schlug den Kleinen und dann kam das Unheil. Es war noch früh im Jahr, man hatte den Weg übers Watt nach Amrum noch nicht abgesteckt nach dem Winter. Ich wollte meine Eltern besuchen und ging hinüber. Ich war so oft übers Watt gegangen. Was sollte mir geschehen? Ich kam gut hin und blieb zwei Tage. Am dritten Tag machte ich mich auf den Rückweg.“

Die Alte erhob sich. „So war es, so... auf dem rechten Arm trug ich den Kleinen, an der linken Hand führte ich den Troll. Es war etwas neblig geworden. Ich ging nicht ganz sicher. Der Troll war ungebärdig und wollte oft abweichen, ich mußte ihn zerren, dann schrie er und schlug um sich. Und dann ist er mit einem Fuß eingesunken, konnte den Fuß nicht schnell herausziehen, ah, der Wattofen ist zäh, der hält, was er einmal gepackt hat. Ich habe mich gemüht, ihn hochzureißen, aber er schlug immer schlimmer nach mir und dann hatte er sich von mir losgerissen. Oder habe ich ihn gestoßen? Fortgestoßen, weil er mich mit dem Kleinen in den Priel zerren wollte.“

Nach wenigen Schritten sah ich ihn nicht mehr, ich hörte ihn nur schreien, und dann bin ich gerannt, gerannt. Als ich ans Ufer kam, fiel ich hin mit dem Kinde, und die Leute die mich fanden haben gedacht ich sei vom Verstande gekommen.“

Viele Jahre wollte keiner was zu tun haben mit mir, dann ist Gras darüber gewachsen.

Und nun weißt du wer in der Wiege liegt! Mit Genehmigung des Otto-Meissner-Verlages aus dem Roman „Olaf Braten“

Lexikon der Geheimbünde

Es hat zu allen Zeiten Geheimbünde gegeben, die oft sehr reale politische, religiöse oder weltanschauliche Ziele verfolgten. Die Geheimgesellschaften der Naturvölker haben meist den Zweck, Menschen des gleichen Geschlechts zusammenzuschließen. Sie dienen gewöhnlich irgendwelchen geheimnisvollen Kulte oder der Rechtspflege, soweit sie nicht bestrebt sind, ihren Mitgliedern soziale oder wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen und die Herrschaft des Mannes über das Familienwesen zu erhalten.

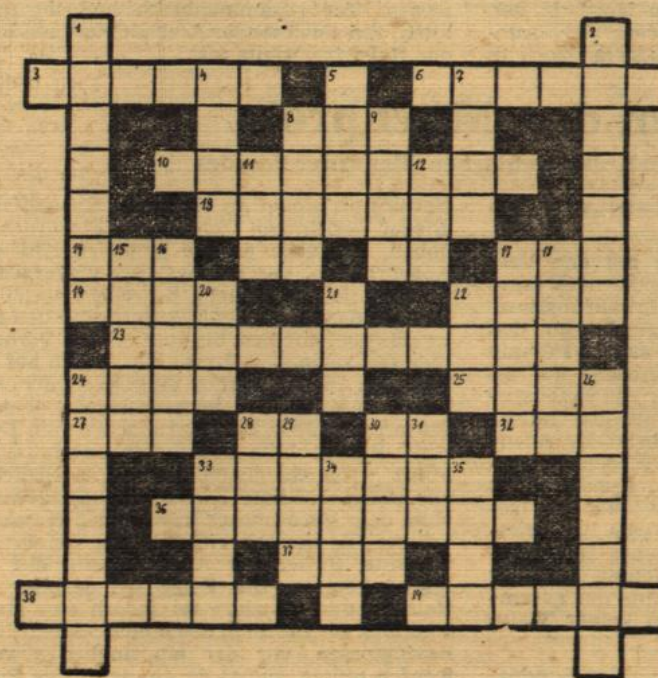
In Kamerun gab es beispielsweise den Egheo-Orden, dessen Angehörige sich durch grüne Blätterbüschel für unverletzlich erklärten, andere Stammesgenossen richteten und das Vordereit genossen, im — Rausche sterben zu dürfen.

Auf ein sehr hohes Alter können die politischen und sozialen Geheimgesellschaften der Chinesen zurückblicken, die allerdings in den letzten Jahren infolge der Kriegsergebnisse viel von ihrer ursprünglichen Bedeutung eingebüßt haben. Es ist fast unmöglich, die Sekten aufzuzählen, die es einst im Reiche der Mitte gab. So kannte man dort eine „Goldene Orchideen-Gesellschaft“, deren weibliche Mitglieder einen Eid ablegten, niemals zu heiraten, und lieber Selbstmord begingen, als ihren Schwur zu brechen. Nicht minder seltsam muß uns jene Sekte erscheinen, deren Angehörige sich ihre Augenbrauen rot färbten.

Die Mitglieder der Trias-Gesellschaft aber, die größte Duldssamkeit gegenüber jeder Beleidigung, Kränkung oder Schmähung vorschrieb, erkannten sich gegenseitig an einem hochgekrempelten rechten und einem ganz herabhängenden linken Hosenbein. Viele Aufstände, Revolutionen oder Thronbesteigungen in China wurden von Geheimbünden durchgeführt.

Eine große Anzahl merkwürdiger Geheimgesellschaften, die allerdings meist bald wieder verschwanden, tauchte 1815—1845 in Italien auf. So gab es damals in den Abruzzen und in Kalabrien die Decisi und Weißen Pilger, in Neapel die „Hemdenlosen“ und die „Gespenster in der Gruft“, in der Romagna das Apostolat Dantes und im Norden der Halbinsel die Guelphen, Delphischen Priester und Amerikanischen Jäger, zu denen Joseph Bonaparte und Lord Byron gehört haben sollen. Die Mitglieder dieser Sekten hofften auf eine Rückkehr Napoleons I.

Schließlich gab es auch in Deutschland in dem allerdings nur zum Teil geheimen Tugendbund, der im Frühjahr 1808 in Königsberg gegründet wurde, eine Vereinigung, die hinter einem harmlos klingenden Namen weitgesteckte patriotische Ziele verbarg. Die nordamerikanische Geheimsekte Ku-Klux-Klan, die sich jetzt wieder regt, genießt eine weite Verbreitung.



Waagrecht: 3. Weinbrand; 6. Bierart; 8. Nebenfluß der Rhone; 10. bekannter Likör; 13. weiblicher Vorname; 14. Erfrischung; 17. Groß; 19. Zimmer; 22. Blutgefäß; 23. westfälischer Schnaps; 24. englischer General; 25. spanischer Heerführer; 27. indische Scheidemünze; 32. niederdeutscher Maler; 33. Industriebetrieb; 36. Kirschkörb; 37. Gewässer; 38. Weinart; 39. Stadt am Bodensee.

Senkrecht: 1. Bargetränk; 2. Wacholderbranntwein; 4. See in Rußland; 5. Teil des Körpers; 7. Nebenfluß der Seine; 8. wissenschaftlicher Begriff; 9. Edelgas; 11. nordisches Wild; 12. Schweizer Kanton; 15. griechischer Sagenheld; 16. Werke des indischen Schriftstellers; 17. weiblicher Vorname; 18. sportliches Ereignis; 20. alkoholisches Getränk; 21. deutscher Physiker; 22. türkischer Titel; 24. griechischer Göttermundschens; 26. Artist; 28. chem. Element; 29. Zarenentwurf; 30. biblisches Fahrzeug; 31. europäische Münzeinheit; 33. Sportgerät; 34. Haustier; 35. Kreuzesinschrift, ch=Buchst.



Millionen-Ersparnisse durch Aufhebung der Rationierung

4 Millionen DM jährlich hat der Druck der Lebensmittelkarten gekostet

Das Zeitalter der Rationierung in Westdeutschland ist nach zehneinhalb Jahren endlich vorüber. Die 134. Zuteilungsperiode wird mit oder ohne staatliche Genehmigung die letzte sein, die in die Geschichte eingeht. Ab März 1950 werden uns nach einer Verordnung des Bundesernährungs-Ministeriums nur noch Zuckerkarten gegeben, die im Umfange einem Drittel der bisherigen Lebensmittelkarten entsprechen werden.

Die Zuckerkarte

soll lediglich noch einige numerierte Abschnitte tragen, die für alle Fälle bei Mangelerscheinungen des einen oder anderen Nahrungsmittels „aufgerufen“ werden sollen.

Selbstverständlich glaubt niemand — auch nicht die Behörden — daran, daß ein solcher behördlicher Aufruf zur Verteilung von Nahrungsmitteln in diesem Frühjahr oder Sommer noch erfolgen wird. Daher wäre es wohl klüger gewesen, nun den Dingen wirklich ihren Lauf zu lassen und die Ausgaben von Lebensmittelkarten gänzlich einzustellen.

Ob die zum März zu druckenden 47 Millionen Zuckerkarten überhaupt von der Bevölkerung noch abgeholt werden, bleibt sowieso dahingestellt. Die ganze Sache wäre also keiner Erörterung wert, wenn nicht mit dem Druck dieser Karten wiederum rund 600 000 DM aufgewandt werden müßten, die aus Steuermitteln fließen.

Nach den Berechnungen des Bundesernährungsministeriums kostete der Druck von Lebensmittelkarten in der Bundesrepublik jährlich nicht weniger als 4 Millionen DM, ein Betrag, der schnellstens eingespart werden sollte und für den man nicht weniger als 400 Siedlungshäuser zu je 10 000 DM zusätzlich erstellen könnte.

Die Kosten des Personals

der Ernährungsämter fallen noch viel erheblicher ins Gewicht. So hat allein das hessische Ernährungsamt noch über 500 Bedienstete. Die 23 000 Gemeinden in Westdeutschland beschäftigen zumindest je eine Kraft hauptsächlich auf dem Ernährungsamt. Rechnet man dafür nur ein Durchschnittsgehalt von 200 DM pro Person, so ergibt sich ein Jahresbetrag von 55,2 Mill. DM an Gehältern für die Bewirtschaftungsbeamten. Was die Klein-, Mittel- und Großstädte im Jahre noch für die Bewirtschaftung in ihren Etat aufnehmen müssen, läßt sich schwerlich nachrechnen.

So überfällig die Aufhebung der Rationierung war, so notwendig ist es aber, andererseits festzustellen, daß die westdeutsche Ernährungswirtschaft noch auf weite Sicht einer staatlichen Lenkung bedarf. Theoretisch muß dies so lange der Fall bleiben, bis die Devisenbewirtschaftung aufgehoben ist, da erst von diesem Augenblick an eine wirklich freie Einfuhr von Nahrungsgütern ermöglicht werden kann. Die noch lange anhaltende Devisenknappheit zwingt dagegen automatisch zu sorgfältigster

Planung der Lebensmittelimporte

da jeder Dollar, der unnütz für Nahrungsmittel ausgegeben wird, für die Beschaffung von dringenden Rohstoffen für unsere Industrie fehlen würde. Dies setzt voraus, daß auch die innerdeutsche Produktion an Nahrungsmitteln und vor allem der Absatz der Ernährungsgüter noch einer Überwachung bedarf. Selbst bei dem am reichlichsten vorhandenen Nahrungsmittel, bei der Kartoffel, hat sich im vergangenen Herbst noch erwiesen, wie notwendig eine Lenkung des Absatzes von den Uberschußgebieten zu den Bedarfsgebieten war. Noch viel notwendiger erscheint es zum Beispiel, die Fettproduktion und das Fleischauflommen so zu verteilen, daß nicht etwa in den Uberschußgebieten die Preise drastisch fallen und in den Zuschußländern ein viel zu hoher Endverbraucherpreis entsteht.

Gegenwärtig arbeitet man beim Bundesernährungsministerium an einem

Milchgesetz

das im wesentlichen die alten Bestimmungen der Vorkriegszeit wieder in Kraft setzen soll. Danach erhalten die Molkereien wieder bestimmte privilegierte Anlieferungsräume für Milch, damit weder Absatzstockungen noch Mangelerscheinungen auftreten. Durch die bessere Versorgung mit Vollmilch ist die Nachfrage nach Magermilch fast auf den Nullpunkt abgesunken.

Das bedeutet einen erheblichen Einnahmerückgang für die Molkereien, so daß diese ernsthaft erwägen, den amtlich festgesetzten Milchpreis herabzusetzen. Dagegen wenden sich selbstverständlich die Erzeuger, so daß in dem neuen Milchgesetz bereits ein Paragraph diskutiert wird, wonach zum Ausgleich die Butter um eine DM pro Kilogramm verteuert werden soll. Dadurch würde der Preis der Magermilch erheblich gesenkt werden können, ohne daß die Landwirte einen Preisnachlaß für ihre abgelieferte Milch hinnehmen müßten. Sämtliche Magermilcherzeugnisse könnten zum Ausgleich dann wesentlich billiger werden.

Das jetzige Ueberangebot an Margarine und auch an Zucker täuscht ebenfalls darüber hinweg, daß auch hier eine Lenkung des Absatzes und der Produktion noch auf lange Sicht notwendig erscheint.

Die Geldknappheit der Zuckerfabriken und die Tendenz der Margarineerzeuger, ihre recht großen

Rohstoffvorräte

zu verarbeiten und abzusetzen, hat nicht zuletzt die Aufhebung der Bewirtschaftung begünstigt. Es könnte aber sehr wohl der Fall eintreten, daß der Rohstoffnachschub in der Margarineindustrie einmal stockt, so daß sofort die Produktion davon betroffen wird. Und beim Zucker wird erst im Oktober/November 1950 mit der neuen Ernte zu rechnen sein, so daß ein Haushalten mit den Vorräten im Interesse einer gleichbleibenden Versorgung nicht überflüssig ist.

Aehnlich liegen die Dinge auf dem

Getreidemarkt

Auch hier muß vernünftig gewirtschaftet

werden, zumal der große Teil unseres Brotgetreides ja noch vom Ausland bezogen werden muß und uns zu 90 Prozent immer noch geschenkt wird. Das Kernproblem bei allen diesen Lenkungsmaßnahmen liegt darin, daß wir für die Hauptnahrungsmittel aus sozialen Erwägungen heraus immer noch feste bzw. Höchstpreise einhalten müssen. Würde die Bundesregierung diesen Grundsatz aufgeben, so regelte der Preis von selbst Angebot und Nachfrage. Bei der Armut breiter Schichten unseres Volkes liegt es wohl nicht im Sinne der sozialen Marktwirtschaft, wie sie von der Bundesregierung proklamiert wird, daß der Arbeiter mit seinem kärglichen Wochenlohn den jeweiligen Preisschwankungen des In- und Auslandsmarktes in voller Höhe ausgesetzt wird.

D. T.

Krupp von Bohlen und Halbach †

Wie am Dienstag bekannt wurde, starb am Montag, auf seinem Landsitz in Blühnbach, Krs. Salzburg, Dr. jur. Gustav Krupp von Bohlen und Halbach im Alter von 79 Jahren. Die Totenfeierlichkeiten finden in Salzburg statt. Als dann werden die letzten Ueberreste nach Obergrombach überführt, wo der Verstorbene in der Familiengruft der Herren von Bohlen und Halbach beigesetzt wird.

Kreuz und quer durchs Stadigeschehen

Winterschlußverkauf. Der diesjährige Winterschlußverkauf beginnt am Montag, den 30. Januar, und endet mit dem Samstag, den 11. Februar. Die Verkäufe sind als Winterschlußverkäufe zu bezeichnen. Der Verkauf erstreckt sich auf Textilien, Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände, Schuhe, Damenhandtaschen, Lederblumen und Damengürtel. Von den Textilien sind ausgenommen: Glatte weiße Wäschestoffe, Inletts, Handtücher und Frottiertücher.

Dementi des Ordinariats. Das erzbischöfliche Ordinariat dementiert die Meldungen nach denen innerhalb des Klerus der Diözese eine Probeabstimmung über die Südweststaatsfrage stattgefunden haben soll, wobei sich die

Mehrheit der Geistlichen für die Bildung des Südweststaates ausgesprochen habe.

Wieder Autos in Schaufenster. Nach nahezu zehn Jahren sehen wir erstmalig wieder Autos im Schaufenster am Friedrichsplatz bei Fa. W. & E. Konrad. Ausgestellt ist ein Volkswagen. Er verbraucht bei einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 70 bis 80 Kilometern ca. 7 Liter Kraftstoff auf 100 km. Zu unterscheiden ist zwischen der Normal- (4800.— DM) und der Exportausführung (5450.— DM). Der Unterschied liegt lediglich in der Ausstattung. Ein großer Vorzug liegt in dem luftgefühlt Heckmotor, weil der Wagen nicht einfrieren kann und auch bei Kälte sofort anspringt. Registrierung ehem. Beamten. Das Land-

Wir haben keinen Mangel mehr an Baumaterial

Nur bei Dachziegeln gibt es noch Schwierigkeiten — Maßnahmen des Wirtschaftsministeriums

Vom Wirtschaftsministerium wurde eine kürzlich im Landtag gestellte Kleine Anfrage des Abgeordneten Harsch (CDU) beantwortet:

In der Kleinen Anfrage wird ausgeführt, daß im vergangenen Baujahr der Mangel an Baumaterialien, insbesondere an Dachdeckungsmaterial die Weiterführung von Bauarbeiten monatelang gehemmt habe, wodurch bedeutende wirtschaftliche Schäden verursacht worden seien.

Hierzu ist festzustellen, daß ein allgemeiner Baustoffmangel im vergangenen Baujahr nicht bestanden hat. Nur ist die Versorgung mit Dachziegeln unzureichend gewesen. Die Ziegelwerke haben Lieferfristen von 5—6 Monaten in Anspruch nehmen müssen.

Die Nachfrage nach Baustoffen hat sich gegenüber der Vorkriegszeit infolge der großen Anforderungen für den Wiederaufbau bedeutend verstärkt. Die Baustoff-Industrie Württemberg-Badens konnte mit Ausnahme der Ziegelwerke den gestiegenen Bedarf befriedigen. Hervorzuheben ist, daß der allgemeine Produktionsindex Württemberg-Badens im November 1949 auf 108 Prozent von 1936 stieg, während der Produktionsindex der Industrie-Gruppe Steine und Erden 123 Prozent erreichte. Diese Zahlen zeigen, daß die Entwicklung der Baustoffproduktion größere Fortschritte gemacht hat als die der übrigen Industrie. Die ungenügende Versorgung mit Dachziegeln beruht

ausschließlich auf den unzureichenden Ziegelkapazitäten. Für die Versorgung ist ferner von Bedeutung, daß Dachziegel wie auch andere Baustoffe, zu einem erheblichen Teil in Länder außerhalb Württemberg-Badens geliefert werden. Dies ist für die Versorgung der heimischen Bauvorhaben zur Zeit abträglich, muß aber in Kauf genommen werden, da die württembergisch-badische Baustoffindustrie in Zukunft auf die Absatzmärkte der übrigen Länder angewiesen ist und daher auch jetzt geschäftliche Beziehungen zu diesen Abnehmern pflegen muß. Zur Zeit werden etwa 40 Prozent der heimischen Dachziegelerzeugung an Abnehmer außerhalb des Landes geliefert, während im Jahr 1938 nahezu 90 Prozent der Produktion in andere Länder ging.

In der Kleinen Anfrage wird die Frage gestellt, welche Maßnahmen vorgesehen seien, um für die neue Bausaison eine ausreichende Bereitstellung aller Arten von Baumaterialien sicherzustellen. Wie bereits erwähnt, sind Maßnahmen nur für die Versorgung mit Dachziegeln erforderlich. Das Wirtschaftsministerium hat folgendes veranlaßt:

a) Auf Grund einer Vereinbarung, die im Benehmen mit dem Innenministerium mit den Dachziegelherstellern im Oktober 1949 getroffen wurde, werden Bestellungen auf Dachziegel für den sozialen Wohnungsbau und für Bauten von öffentlichem Interesse von den Ziegelwer-

ken bevorzugt beliefert, wenn die zuständige Baugenehmigungsbehörde bestätigt, daß das Bauvorhaben zu den oben erwähnten Gruppen zählt.

b) Im Rahmen der Gewerbeförderung hat das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium finanzielle Gewerbeförderung in Höhe von insgesamt 670 000 DM für den Wiederaufbau, die Erweiterung oder die Neuerrichtung von drei württembergisch-badischen Ziegelwerken geleistet. Infolge dieser Förderung wird sich die Jahresproduktion an Dachziegeln, die zur Zeit rund 150 Millionen Stück beträgt, im Laufe des Jahres 1950 um rund 10 Prozent erhöhen.

c) Darüber hinaus werden künftige Dachziegel vom Ausland eingeführt werden. Das Bundeswirtschaftsministerium hat 500 000 Dollar für die Einfuhr von Dachziegeln aus Belgien-Luxemburg freigegeben. Im deutsch-italienischen Warenabkommen sind für die Einfuhr von Dachziegeln 100 000.— Dollar vorge-

Unterstützt den Volksbund „Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ e. V.

Der Volksbund „Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ ruft alle edelgesinnten Menschen auf, durch ihren Beitritt zum Volksbund die selbstlose und völkerverständende Arbeit dieses Bundes zu stärken. Auch Städte, Gemeinden, Gesellschaften, Schulen und Vereine können Mitglieder werden. Der Jahresbeitrag beträgt für Einzelmitglieder 3 DM.

Wir sprechen vor allem die alten Mitglieder aus der Zeit vor und während des Krieges an, ihre Mitgliedschaft zum 1. 1. 1950 zu erneuern und ihren Beitrag auf das Postcheckkonto Karlsruhe 21538 einzuzahlen. Da der Volksbund eine segensreiche Arbeit ohne staatliche Hilfe durchführt, ist er ganz auf die Mittel angewiesen, die er als Beiträge oder Spenden erhält. Alle Mitarbeiter üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Auch die vielseitige Bundeszeitschrift „Kriegsgräberfürsorge“ erscheint wieder und kann bei allen Postanstalten bezogen werden. Bezugspreis vierteljährlich 70 Pfg. zuzüglich 9 Pfg. Zustellgebühr.

sehen, von denen bisher 50 000.— Dollar aufgerufen sind.

Schließlich können aus Ländern, mit denen bisher sogenannte liberale Handelsverträge abgeschlossen worden sind (Belgien, Luxemburg, Niederlande und Schweiz) Dachziegel auf entsprechende Einfuhraufträge eingeführt werden.

Die Preise für importierte Dachziegel liegen allerdings erheblich über den Inlandspreisen; zwischen Bundeswirtschaftsministerium und Länderministerien schweben aber bereits Verhandlungen wegen Ermäßigung der Zoll- und der Frachtsätze für Dachziegel, um deren Einfuhr zu erleichtern.

Die Fachstelle Steine und Erden hat mitgeteilt, daß von den Dachziegeln, die aus Belgien und Holland eingeführt werden, größere Mengen nach Württemberg-Baden gelangen sollen. Ferner hat die Fachstelle zugesichert, daß aus der inländischen Produktion in Norddeutschland künftig mehr Dachziegel nach Württemberg-Baden geliefert würden als im letzten Baujahr.

Hilfsmaßnahmen für Heimkehrer

Anspruch auf früheren Arbeitsplatz — Keine Zuzugsbeschränkung

Nach dem Heimkehrer-Gesetz-Entwurf des Bundesarbeitsministeriums, der voraussichtlich am Dienstag vom Bundeskabinett erörtert werden wird, sollen alle Heimkehrer durch besondere Hilfsmaßnahmen unterstützt werden, sofern sie nicht wegen früherer nationaler Betätigung im Ausland festgehalten werden. Sie sollen ein Entlassungsgeld von mindestens DM 50.— und Übergangsbeihilfe bis zu DM 250.— erhalten. Für unterbrochene Berufsausbildung wird Beihilfe gewährt.

Die Heimkehrer haben einen Rechtsanspruch auf ihren früheren Arbeitsplatz und dürfen innerhalb des ersten Halbjahres ihrer neuen Beschäftigung nicht wegen mangelnder Leistungsfähigkeit entlassen werden. Heimkehrern, die früher nicht in Arbeit standen, muß bevorzugt Arbeit zugewiesen werden. Wohnungssuchende Heimkehrer dürfen in keinem Fall hinter andere Gruppen zurückgestellt werden. Der Entlassungsort ist dem Heimkehrer freigestellt. Es kann der frühere Wohnsitz oder

der Wohnsitz der Familie sein. Bestehende Zuzugsbeschränkungen gelten für den Heimkehrer nicht.

Sofern Heimkehrer keine Arbeit finden, sollen sie aus der Arbeitslosenversicherung unterstützt werden. Bei der Angestellten- und Invalidenversicherung wird die Kriegsgefangenschaft als sogenannte Ersatzzeit angerechnet. Es soll damit verhindert werden, daß Heimkehrer keine Sozialrenten erhalten, weil sie nicht die normalerweise vorgeschriebenen Beitragsjahre aufzuweisen haben.

Die Kosten für diese Hilfsmaßnahmen trägt vom 1. April an der Bund, da er von diesem Zeitpunkt an nach Artikel 120 des Grundgesetzes die Kriegsfolgenlasten übernimmt. Bis dahin müssen sie von den Ländern finanziert werden. Die Länder können auch später zusätzliche Hilfsmaßnahmen aus eigenen Mitteln bereitstellen. Die Höhe der vom Bund zu tragenden gesetzlichen Unterstützungen wird vorerst mit 70 Millionen DM veranschlagt.

ratsamt weist auf die besondere Wichtigkeit der gegenwärtig stattfindenden Erhebungen über Personen hin, die bei Kriegsende in einem öffentlichen Dienstverhältnis standen, ihre Beschäftigung aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen aufgeben mußten und bisher nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet wurden. Diese Erhebungen werden auch für Berufssoldaten durchgeführt. Sie sollen möglichst einwandfreie Unterlagen für diesen Personenkreis ergeben, die für wichtige gesetzgeberische Maßnahmen erforderlich sind.

Rekordklettern der Hopfenpreise. Die Erwartungen, daß mit Beginn des neuen Jahres ein Stillstand des Steigens der Hopfenpreise eintreffen werde, haben sich nicht erfüllt. Vielmehr ist ein neuer sprunghafter Preisanstieg zu verzeichnen. Bei kleinem Angebot sind die Preise in der Januarmitte auf 1300 bis 1400 DM je Zentner gestiegen. Kurz vor Jahresende hatte der Hopfenpreis 1000 DM und bei der Freigabe des Hopfens im Sommer 1949 320 DM je Zentner betragen. Obwohl sich die hohen Preise kaum halten lassen, steht doch eines fest, daß Hopfenbau heute wieder rentabel ist.

Suchdienst. Der Kreisverein vom Roten Kreuz Bruchsal, Augartenstr. 1 sucht die Eltern des Neubürgers Anton Meißner, der aus Ungarn zu einem Bauern in der Umgebung von Bruchsal gekommen sein soll. Geboren etwa 1927.

Turn- und Sportverein 08. Am Samstag, 21. Januar, findet im Gasthaus zum Ochsen, abends 20 Uhr, unsere Hauptversammlung statt. Es werden alle Mitglieder gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Badische Gefangenensorge. In Freiburg wurde ein Bezirksverein des Vereins „Badische Gefangenensorge“ gegründet. Weitere Bezirksvereine sollen in Kürze im ganzen Land jeweils am Sitz des Landgerichtsgefängnisses ins Leben gerufen werden. Der Verein „Badische Gefangenensorge“ sieht seine Aufgabe darin, die außerhalb des Straßzwecks liegenden nachteiligen Folgen, die der Vollzug einer Freiheitsstrafe mit sich bringt, abzuschwächen oder abzuwenden.

Kronau

Am Montag fand die erste Bürgerversammlung in diesem Jahr statt. Bürgermeister Heilmann begrüßte die Anwesenden, besonders Dr. Gaul-Karlsruhe und Landwirtschaftslehrer Hoyer-Bruchsal. Letzterer legte einen Plan zur Bewässerung der Wiesen vor, der vom Wasserwirtschaftsamt in Heidelberg genehmigt ist.

Nun haben sich die Wiesenbesitzer zu entscheiden, ob das nötige Kapital aufgebracht wird.

Dr. Gaul kam auf die Lage der Bauern zu sprechen. Der Bauer könne nur konkurrenzfähig bleiben, wenn er die Viehzucht mit allen Mitteln fördere.

Eine lebhafte Diskussion entspann sich nach den Ausführungen des Kreisobstinspektors Dickgießer, der besonders die Pflege und Düngung der noch vorhandenen Obstgehölze den Bauern ans Herz legte.

Wieder Direktverkehr Bruchsal-Neudorf

Verkehrsübergabe der aufgebauten Brücke im Kammerforst

Fast fünf Jahre war der direkte Verkehr im Zuge der Bundesstraße 35 zwischen Bruchsal, Karlsdorf und Neudorf unterbrochen. Die über den Saalbachkanal im Kammerforst führende Straßenbrücke wurde von deutschen Truppen bei ihrem Rückzug Ende März 1945 gesprengt. Der gesamte von Bruchsal in den Bruhrain gehende Verkehr mußte deshalb über Graben umgeleitet werden.

Am Montag, dem 16. Januar, wurde die wiederhergestellte Brücke durch den Vertreter der Wasserwirtschaftsverwaltung, Baurat Wittmer, wieder dem Verkehr übergeben. Damit ging ein Wunsch der betroffenen Bevölkerung in Erfüllung, der gerade in letzter Zeit immer dringender erhoben worden war. Der Leiter des Wasserwirtschaftsamtes Karlsruhe, Baurat Maisch, schilderte bei der Übergabe den Verlauf der Aufbauarbeiten. Als Vertreter des Landratsamtes Bruchsal stattete Assessor Höllein der Wasserwirtschaftsverwaltung den Dank ab für die Wiederherstellung der Direktverbindung Bruchsal-Baden.

Die Wiederaufbauarbeiten begannen lange vor der Währungsreform. Damals wurden die Eisenwerke Grötzingen mit der Hebung der im Wasser liegenden Brückenteile beauftragt. Die Brücke war seinerzeit in der Mitte gesprengt worden, wobei die beiden Teile ins Wasser absackten. Infolge des in der Reichsmarkzeit herrschenden Arbeiter- und vor allem Materialmangels verzögerte sich die Wiederherstellung. Nach der Hebung der Brücke traten die Industriewerke Karlsruhe in Aktion. An Ort und Stelle wurden Pressen aufgebaut, die die Eisenteile wieder gerade bogen. Diese Arbeiten zogen sich ziemlich lange hin, da eine Reihe nicht mehr brauchbarer Brückenteile ersetzt werden mußte. Die Baufirma Siegrist-Karlsruhe führte die Mauer- und Betonarbeiten aus. U. a. mußte auch die Stützmauer wieder errichtet werden. Die Entrostungs- und Anstricharbeiten besorgte die Fa. Schreiner-Mannheim.

Bei der neuen Brücke handelt es sich um eine 24 Tonnen-Brücke, die eine Breite von 9 Metern besitzt.

Langenbrücken

Zur diesjährigen Generalversammlung des MG.V. „Eintracht“ hatten sich zahlreiche aktive und passive Mitglieder des Vereins eingefunden. Der 1. Vorstand Wilhelm Jonitz begrüßte alle Erschienenen, besonders aber Herrn Bürgermeister Kuhn. Herr Jonitz bezeichnete das Jahr 1949 als ein Jahr der emsigen unentwegten Arbeit im Dienste des deutschen Liedes und erteilte Schriftführer Ernst Hog das Wort zur Verlesung des Tätigkeitsberichtes. Neben der Operette „Das Mädchen vom Neckarstrand“ sei das 80jährige Stiftungsfest der Eintracht, ver-

Oberhausen im Zeichen der Gewerbefreiheit

Mit dem ersten Kostümball im Gasthaus zum Schiff und kleineren Vereinsveranstaltungen hat der Karneval auch in Oberhausen seinen Einzug gehalten. Man kann über die Notwendigkeit, in der heutigen Zeit der großen Arbeitslosigkeit, der hohen Preise für alle Bedarfsartikel karnevalistische Veranstaltungen aufzuziehen, verschiedener Meinung sein. Jedenfalls aber sollte jedermann daran denken, daß wohl ein gewisses Maß von Freude und Lust in das Leben gebracht werden soll, daß es sich aber keinesfalls ge-

ziert, über die Stränge zu schlagen in einer Zeit, in der Millionen von Brüdern u. Schwestern nicht das Notwendigste zum Leben haben. Auch derjenige, der glaubt, auf die Freuden des Faschings nicht verzichten zu können, sollte sich jetzt schon vor Augen halten, daß auf den lustigen Fasching der graue Aschermittwoch folgt und sich mit seinen Mitteln so einstellen, daß er nicht mit Reue an die Tage kurzer Lust zurückdenken muß. Jedenfalls sieht man jetzt in allen einschlägigen — und auch in sehr vielen nicht einschlä-

„Jedermann“-Festspiele in Neuenbürg

Das Leben und Streben des reichen Mannes

Bei der am 17. Januar durchgeführten geheimen Abstimmung entschieden sich 95 Proz. der Bevölkerung für die Abhaltung von großen Freilichtspielen im Sommer dieses Jahres. Bei der überaus stark besuchten Bürgerversammlung, an der alle Vereine teilnahmen, sprach man sich in lebhafter Diskussion über diesen Plan aus. Obwohl die Zeiten schwer sind, und obwohl die Geldknappheit weiter um sich greift, hofft die Gemeinde, daß die Spiele ein lebhaftes Echo im ganzen Landkreis finden.

Die Feier des Heiligen Jahres gibt den Hintergrund ab zu dem Neuenbürger Jedermannspiel, das in Bildern von einmaliger Wucht und Eindringlichkeit die Zuschauer, wie einstmalig im Mittelalter, packen und ergreifen soll. 200 Mitspieler, fast die Hälfte der Gemeinde Neuenbürg, werden beim Spiel um „das Leben und Sterben des reichen

Mannes“ mitwirken. Dieses Spiel, das schon über alle deutschen Bühnen ging, und auch das Laientheater eroberte, (wir erinnern an die gelungene Mingolsheimer Jedermannaufführung) soll in einer völlig neuen Darstellungsform, die den Charakter der Landschaft und der Bevölkerung wahr, entstehen. Nachdem die Gemeinde mit voller Einmütigkeit hinter dieser großen Aufgabe steht, wird das Werk so hoffen wir, ein großer Erfolg beschieden sein.

Tribünenaufbauten und eine groß angelegte Lautsprecheranlage bieten die Garantie, daß man den Spielablauf auf allen Plätzen verfolgen kann. Hier werden die Erfahrungen der vergangenen Spiele eingesetzt werden. Die Probleme, wie Anmarsch der Zuschauer, Spielstage, werden in den kommenden Wochen beraten. Die Bevölkerung wird davon rechtzeitig unterrichtet.

Bruchsaler Impressionen

Abendspaziergänge — Erinnerungen eines jungen Mannes

In der Stadt der fünf Tore: Rosentor, Mittel- tor, Hirschtor, Obertor und Damianstor — nur noch letzteres existiert, ließen sich seit je am Abend reizende Spaziergänge unternehmen, ähnlich wie in Straßburg, der 111 entlang, so hier entlang des Saalbaches.

Am Bahnhof beginnend führte uns unser Weg zuerst an den hohen, an Regentagen melancholisch dreinblickenden Pappeln vorbei — zum Spatzenurm, der am 1. März 1945 ebenfalls aus dem architektonischen Bild der Stadt aus- geschied, und der einer der wenigen Ueberbleib- sel einer an Geschichte wechselliebenden Zeit ist. Am Saalbach gingen wir weiter, am Schwimmbad vorbei, und gelangten so — meist angenehme Plaudereien führend — in die Altstadt nach Klein-Venedig, einem der originellsten Orte Bruchsals. Allerlei Brücken und Brück- chen führten über den Bach und oftmals mußten wir hinüber — und herüberwechseln, wenn wir seinen Lauf durch die Stadt verfolgten. Meist gingen wir so vom Bahnhof her dem Schlachthof zu, denn es ist immer schöner, das Wasser gegen sich fließen zu sehen.

Ab der großen Brücke wurde es schwer, in der Nähe des Baches zu spazieren und wir

waren gezwungen, bald Abschied zu nehmen, und unsere Schritte die Petersgasse empor, der Peterskirche entgegen, zu lenken. Für einige Augenblicke gingen wir dann auch desmeist in das alte, ehrwürdige Gotteshaus hinein, dessen barocker Charakter eine tiefe Frömmigkeit und Gottergebenheit ausstrahlt.

Die Friedhofstraße weitergehend und dann bei Sankta Maria in die Hochstraße einbiegend, spazierten wir des abends am Wasserwerk vorbei, um bald wieder in die Durlacherstraße zu gelangen, unterhalb der „Drei-Könige“.

Diese Strecke wurde zu unserem „internen“ allabendlichen Spaziergang innerhalb der Stadt und ich muß sagen, daß ein solcher Bummel nie langweilig oder eintönig war, und immer neue Entdeckungen zuließ.

Wer diese Wege verfolgt, lernt so das typische Stimmungsbild Bruchsals kennen und wird sehr bald mit dem Städtchen gut Freund sein.

Bruchsal kennen und lieben zu lernen, ist für verständige Menschen nicht schwer. Die Reize dieser kleinstädtischen Stadt gehen nicht etwa von ihrem städtischen sauberen Charakter aus sondern ausschließlich von ihren idyllischen und versteckten Winkeln, die überall — aber überwiegend im alten Teil, anzutreffen sind. Es gibt Häuser, Ecken und Gassen, auch heute nach dem Angriff, wo die Zeit stehenblieb oder zurückblieb in einer vergangenen Epoche.

Vor einer Generation noch gab es viele Land- wirt in der Altstadt. Jetzt erst nach dem zweiten Weltkrieg, kann oder muß man sagen, daß Bruchsal beginnt, recht entscheidend sein Ge- sicht zu verändern. Durch die Vielzahl der Neu- bauten wird die Modernisierung des Städte- bildes unausbleiblich sein.

Der Saalbach und manches friedliche kleinstädtische Plätzchen wird doch bleiben und in Mußestunden kann man einen netten Spazier- gang nach wie vor unternehmen.

Bauernversammlung in Stettfeld

Steigerung der Erzeugung durch intensive Bodenbearbeitung

Am Dienstag fand im Adler eine Versamm- lung des Bauernverbandes statt. Vorstand A. Eisert begrüßte die Anwesenden, insbeson- dere den Referenten, Dr. Schönfeld, ferner Bürgermeister K. Mayer, den Ortsbeauftrag- ten J. Seifert, den Vorstand des Tabak- bauvereins A. Wolf und den Vertreter der Spar- und Darlehenskasse L. Pfeiffer. Auf der Tagesordnung standen die Soforthilfe, Steuer- fragen und Tagesfragen. Die wirtschaftliche Lage im allgemeinen und die des Kreises im besonderen bezeichnete der Redner als nicht allzu rosig. Mit Hilfe des Marshallplanes seien wir zwar in der Lage, unser Wirtschafts- leben nach außen zu entfalten, doch müßten

gigen — Geschäften Artikel für karneval- listische Zwecke ausgestellt. Und das ist eine Erscheinung, die bedenklich stimmen sollte. Es ist jedem ein Verdienst zu gönnen, er darf ihn aber nicht erzielen wollen auf Kosten an- derer, denen er durch Herumpfsuchen in allen möglichen und unmöglichen Geschäftszweigen das Brot wegnimmt, ohne für sich selbst einen großen Nutzen zu erzielen oder dem Kunden, da ihm die notwendigen Fachkenntnisse feh- len, die beste Ware liefern zu können. Es han- delt sich bei dieser Zeiterscheinung ja nicht nur um Karnevalsartikel, um diese zu ver- kaufen, braucht man schließlich kein Experte zu sein. Die Gewerbefreiheit hat aber vorläuf- tig den Uebelstand gezeitigt, daß jedermann glaubt, sich schrankenlos auf allen Gebieten mannsspiel, das in Bildern von einmaliger betätigen zu können. Daß derjenige, der früher schon als selbständiger Geschäftsmann tätig war, der seine Gesellen und Meisterprüfung ordnungsgemäß bestanden hat, darnach trach- tet, wieder seinen Beruf auszuüben, ist eine Selbstverständlichkeit. Ihm soll Staat und Ge- meinde alle Hilfe zuteil werden lassen, der Ver- braucher soll ihn in seinem Bestreben, wie- der in die Höhe zu kommen, weitgehend un- terstützen. Bönhasen und Pfscher schied man aber schon im frühesten Mittelalter aus. Es wird sich auch nach dieser Richtung ein Ge- sundungsprozeß ergeben, der Untüchtige, der- jenige, der sich auf einem Gebiet, für das ihm alle Voraussetzungen fehlen, versucht, wird auf der Strecke liegen bleiben, solange er aber versucht, dem Fachmann die Existenz zu untergraben, ist er ein Schädling, vergeudet Volksvermögen — und nützt letzten Endes auch sich selbst nicht, weil er auch seine eigene Kraft und seine Zeit an Dinge wendet, die ihm auf Grund seiner Vorbildung keinen Erfolg bringen können. Es ist ein altes Sprich- wort, das sich immer wieder bewährt: „Schu- ster bleib bei deinem Leisten!“ Ue.

Kirrlach

Die Bautätigkeit ist in Kirrlach besonders groß. Die am Westrand des Siedlungsgeländes zwischen der Karlsruher Straße und den Sport- plätzen erbauten 10 Häuser der Kirrlacher Neu- bürger geben ein beredtes Zeugnis für den Auf- bauwillen der Bevölkerung und Neubürger. Die Gemeindeverwaltung, an ihrer Spitze Bür- germeister Oechsler, schuf in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsobmann die Voraussetzun- gen. Bauingenieur G. Müller fertigte die Ent- würfe und zeichnete für die Bauleitung ver- antwortlich. Viel Arbeit und Mühe waren not- wendig, oft unüberwindbar scheinende Hin- dernisse zu beseitigen, bis die Häuser soweit waren, daß die Bauherren einziehen konnten.

Es sind Doppelhäuser. Jede Wohnung hat 35 qm Wohnfläche und ist ganz unterkellert. Ein fünf ar großes Stück Ackerland gehört zu je der Wohnung. Wo.

Am Sonntag fand im Kopf die Generalver- sammlung der Kriegsbeschädigten und der Hin- terbliebenen statt. Die neue Vorstandschaft setzt sich zusammen: 1. Vorstand Georg Kre- mer, Stellvertreter Karl Haag, Sozialreferent August Scheurer. Herr Kremer dankte dem Kameraden Arthur Haag für seine 3jährige unermüdliche Arbeit im Dienste des Vereins. Er forderte alle Mitglieder auf, auch weiterhin aufs engste zusammenzuhalten.

In den „Central-Lichtspielen“ läuft vom 20. bis 23. Januar der Kriminalfilm „Bigamie“ — vom 24. bis 26. d. M., der Tierfilm „Elefanten Boy“.

Die Lammfilmbühne bringt am 19., 20., 23. und 24. Januar, den Film „Piraten zu Pferde“. Becker Peter, Arbeiter, Werderstr. 3, beginn am 18. Jan., seinen 77. Geburtstag. Wir win- schen dem Jubilär einen frohen Lebensabend.

Herausgeber: C. und H. Kruse, Bruchsal, Wörthstraße 4, Philippsburg, Salmstr. 10. Redaktion: Hans Stauder, Bruchsal. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 1 gültig.

Beifallssturm um Krips

Ein musikalisches Ereignis für Karlsruhe

Prof. Josef Krips von der Staatsoper Wien, der vor 1933 musikalischer Leiter des Badischen Staatstheaterorchesters war, kehrte nach lan- gen Jahren der Abwesenheit als Gastdirigent des 4. Symphoniekonzertes an seine alte Wirkungsstätte zurück, und hatte, um es vorweg zu nehmen, mit seinem Debut einen unbe- schreiblichen Erfolg. J. Krips ist ein Dirigent großen Formates. Wie er Schumanns naturver- bundene d-moll Symphonie, op. 120, interpre- tierte, und wie er Beethovens a-dur-Symphonie, eine „Apotheose des Tanzes“ gestaltete, ver- dient restlose Bewunderung. Den Werken ent- strömte eine prachttolle, durch nichts getrübe Stimmung. In seiner echt wienerischen Art ließ Krips es nicht an hinreißendem Schwung und an der großen Linie fehlen. Es war ein Klagen und Singen im Orchester, wie es Karlsruhe seit langem nicht erlebte. Die überwältigende Leistung des Orchesters läßt die berechnete Hoffnung zu, diesen Klangkörper in seiner jet- zigen Form dem kulturellen Leben Karlsruhes zu erhalten.

Der Solist dieses erlesenen Konzertes war Prof. Eduard Erdmann (Klavier), der W. A. Mo- zarts Klavierkonzert in d-moll spielte, das in der Verarbeitung der musikalischen Gedanken schon auf Beethoven und Brahms vorausweist. Die dunkle Phantastik dieses Werkes gab Prof. Erdmann Gelegenheit, sein großes Können un- ter Beweis zu stellen. Ruhig und überlegen spielte der Künstler, der eine in sich gekehrte innerlich veranlagte Musikantenatur ist, seine Part, vom Bad. Staatstheaterorchester beglei- tet. Gerne wird man wieder diesem Künstler begegnen, bei dem die Sicherheit alles Tech- nischen, die kristallklare, musikalische Durch- arbeitung und die Schlichtheit des Auftretens angenehm auffielen. Beifallsstürme und Be- geisterung waren der Dank der großen Hörer- schaft für die einzigartigen Leistungen des Gastdirigenten, der Solisten, und nicht zuletzt des Orchesters, das einen ganz großen Tag hatte. FB.

Daxlanden schaltet Frankonia aus - Die A-Klasse unverändert

FV Daxlanden	12	30:10	19:5
FC Kirrlach	11	28:14	17:5
Frankonia Karlsruhe	13	25:15	17:9
FV Weingarten	12	23:15	16:8
FC Neureut	13	24:15	14:12
Germania Forst	13	26:24	12:14
VfB Knielingen	13	11:22	11:15
ASV Hagsfeld	12	15:20	10:14
Alem. Eggenstein	12	13:20	9:15
FV Odenheim	12	10:23	8:16
Südstern Karlsruhe	11	15:29	7:15
FV Wiesental	12	21:24	6:18

In einer wichtigen Vorentscheidung fertigte der derzeitige Tabellenführer Daxlanden einen weiteren Widersacher, nämlich Frank. Karlsruhe ab. Nunmehr liegt Daxlanden mit zwei Punkten Vorsprung an der Tabellenspitze vor Kirrlach, das am letzten Sonntag pausierte. — Die übrigen Bezirksligisten unseres Kreises hatten einen ganz schwarzen Tag. Odenheim hatte in Knielingen einen beachtlichen Gegner abgegeben, konnte aber nicht zum Sieg kommen. Der Platzvorteil war hier ausschlaggebend. — Ebenso konnte Wiesental in Weingarten nicht bestehen und mußte mit 3:1 Tore sich geschlagen bekennen. Durch diese unerliche Niederlage und den Sieg Südsterns über Forst mußten die Wiesentaler wieder das Schlußlicht übernehmen. Die Aussichten für Wiesental vom Tabellenende wegzukommen sind schwer, hoffentlich noch nicht hoffnungslos. — Die Forster Germanen halten immer noch einen guten Mittelplatz, trotz der Niederlage, die vielleicht bei größerem Einsatz hätte vermieden werden können. Auch Odenheim ist dem Tabellenende sehr nahe gerückt!!

Keine wesentliche Veränderungen in der A-Klasse

Spiel VfB Bruchsal — Neudorf zu Gunsten der Bruchsaler entschieden			
Karlsdorf	12	30:11	22
Huttenheim	12	28:9	18
Kronau	12	27:14	16
Heidelheim	12	22:21	12
VfB Bruchsal	11	21:16	11
Neudorf	11	16:16	11
Unteröwisheim	12	22:21	11
Philippsturm	11	14:22	9
Untergrombach	12	15:23	9
Langenbrücken	12	16:22	9
Oberhausen	12	8:17	8
Rheinhausen	12	11:38	6

Der erste Spieltag der Nachrunde in der A-Klasse brachte keine große Veränderungen in der Tabelle. Oberhausen, das sehr vom Abstiegsgepenst bedroht ist, holte sich mit dem knappsten Resultat zwei wichtige Punkte. — Kronau konnte gegen die wieder im Kommen befindlichen Unteröwisheimer nur ein Unentschieden herausziehen. — Untergrombach ging auf dem Heidelheimer Gelände glatt unter und ist damit auch bei den Abstiegsbedrohungen. — Der Tabellenführer Karlsdorf gewann gegen Neudorf zwar 3:1, jedoch war man mit den Leistungen des Tabellenführers in keinem Falle zufrieden. — Der A-Klassen-Neuling Rheinhausen war den Huttenheimern in keiner Weise gewachsen, verlor 4:0 und zielt das Tabellenende. — Das Spiel VfB Bruchsal — Neudorf fand nun endlich seine Erledigung durch das Verbandsgericht. Das erstinstanzliche Urteil ist rechtskräftig und somit kann der VfB das Spiel in der Tabelle als gewonnen werten.

Oestrigen und Mingolsheim führen klar in der B-Klasse

Gruppe Hardt:
Der Tabellenführer Mingolsheim spielte mit den Neuthardern Katz und Maus. Durch die hohe Torausbeute von 11:2 bewiesen die Min-

golsheimer erneut, daß sie mit guter Berechtigung die Tabelle anführen. — Rheinsheim fertigte den Tabellenzweiten ebenfalls klar und sauber mit 4:1 ab. Somit dürfte Weiher kein Anwärter mehr auf den 1. Tabellenplatz sein. — Die Bruchsaler Frankonen verstanden es nicht, auf eigenem Platz gegen Hambrücken zu gewinnen. Sie mußten sich mit einem Unentschieden begnügen.

Mingolsheim	11	47:12	20
Weiher	11	22:18	16
Stettfeld	12	31:23	13
Frank. Bruchsal	11	17:18	12
Rheinsheim	11	26:31	11
Neuthard	13	20:37	10
Hambrücken	11	23:25	9
TSV Wiesental	12	9:30	1

Gruppe Bergstraße:
Eine kleine Sensation meldete Oberöwisheim, Der Tabellenführer mußte auch beim

Handballduell Rot-Ketsch u. Forst-Odenheim

Favoriten behaupten sich

Bad. Verbandsliga:			
TSV Rot	15	13	1
SpVgg. Ketsch	14	12	1
SKG Birkenau	14	10	2
SG Leutershausen	14	10	3
TSV Rintheim	15	8	1
VfL Neckarau	12	6	0
TSG 62 Weinheim	15	5	2
SV Waldhof	14	4	3
TSV Beiertheim	13	3	2
SG St. Leon	14	3	2
TV Seckenheim	15	1	1
TSV Bretten	13	1	0

Ein Blick in die Tabelle zeigt die vollkommen unveränderte Lage. Auch am letzten Spieltag konnten sich die Favoriten weiter behaupten, sodaß der Zweikampf zwischen

Das bevorstehende Großereignis

Badische Hallen-Handball-Meisterschaften.

Karlsruhe (DND). Insgesamt 15 Spiele werden am Sonntag, den 22. Januar, ab 14 Uhr nötig sein, um den Titel eines Badischen Hallenhandballmeisters vergeben zu können. Sechs Mannschaften, die Meister der Kreise Karlsruhe mit dem Titelverteidiger und Süddeutschen Meister, TSV Rintheim, Mannheim mit der SV Waldhof, die Spvg. Ketsch und im Endspiel den VfL Neckarau auf die Plätze verwiesenen SG Leutershausen, Heidelberg mit dem vorjährigen Pokalsieger TSV Rot, Bruchsal mit dem TV Odenheim, Pforzheim mit dem TV Brötzingen und schließlich Mosbach mit der Spvg. Neckar-els, bewerben sich um den Titel.

Da die Stadtverwaltung die Markthalle zur Verfügung gestellt hat, steht ein einwandfreies Spielfeld mit 17 x 40 Meter zur Verfügung, so daß mit diesen Ausmaßen ein verbandsgerechtes Turnier ausgetragen werden kann. Die Spiele werden mit je 7 Mann unter Hinzuziehung von je 3 Auswechselspielern durchgeführt. Zweimal 7½ Minuten stehen den Mannschaften zur Verfügung, um die nötigen Punkte zu sammeln, die dann die Frage nach dem Badischen Hallenhandballmeister beantworten werden.

Rot und Ketsch auch für die kommenden Spiele bestehen bleibt. Beide Mannschaften kamen zu ganz überlegenen Siegen, wobei das 16:5, das Ketsch gegen die sehr guten Rintheimer erzielte, wegen seiner Höhe doch immerhin als Ueberraschung anzusehen ist. Ebenso glatt siegte der Tabellenführer in Beiertheim. Zweistellig wurde das Resultat auch

Altmeister einen Punkt zurücklassen. — Münzesheim war auf dem gefährlichen Gelände in Zeutern erfolgreich und behauptet damit weiterhin den 3. Tabellenplatz. — Der Tabellenletzte Gochsheim ging auch gegen Menzingen leer aus und Menzingen konnte sich durch diesen Erfolg wieder vor Zeutern setzen. — Obergrombach hat seine Spielstärke auch in Ubstadt beim Tabellenzweiten unter Beweis gestellt. Eine 1:0-Niederlage ist für Obergrombach relativ ein Erfolg.

Oestrigen	12	66:8	22
Ubstadt	12	33:16	18
Münzesheim	12	30:20	16
Menzingen	13	22:34	12
Zeutern	12	24:24	11
Oberöwisheim	12	21:41	9
Obergrombach	12	10:25	8
Gochsheim	11	15:53	—

in Bretten, wo alle Bemühungen des TSV, gegen Waldhof etwas zu erreichen, vergeblich blieben. Leutershausen blieb in Weinheim erfolgreich und mit dem gleichen 8:6 konnte es Neckarau gegen Seckenheim schaffen. Das vorgesehene Treffen zwischen St. Leon und Birkenau ist ausgefallen.

Handball-Bezirksklasse:

Nachdem wir die Tabelle bereits in unserer Montag-Sportschau veröffentlicht haben und auch über die einzelnen Spiele ausführlich berichten konnten, bleibt nur noch ein kurzer Rückblick. Durch den überraschenden Punktverlust des Tabellenführers Forst gegen die nicht wiederzuerkennenden Philippsburger, sind Odenheim's Chancen wieder gestiegen. Wie in der Verbandsliga wird auch hier das Duell zwischen den Spitzenreitern weitergehen. Odenheims schußgewaltiger Sturm konnte übrigens im vergangenen Spiel gegen Neuthard sein 100. Tor erzielen. Sehr gut hielt sich auch Oberhausen in Spöck, wo es mit 7:7 ein torreiches Unentschieden gab. Bleibt noch das Bruchsaler Treffen, das die TSG wieder ohne Sieg und Punkte sah. Die Tabellenlage für die Kreisstädter ist somit sehr bedrohlich geworden.

Nunmehr Brötzingen in Führung

Ringen — Oberliga:

ASV Brötzingen	12	9	2	1	20:4
Eiche Sandhofen	11	9	1	1	19:3
ASV Feudenheim	10	8	0	2	16:4
KSV Kirrlach	11	5	2	4	12:12
Spv. Ketsch	10	5	2	3	11:11
KSV Wiesental	11	4	2	5	10:12
Germ. Bruchsal	12	2	2	8	6:18
ASV Heidelberger	11	3	0	8	5:19
ASV Lampertheim	9	1	1	7	3:15
1884 Mannheim	9	1	0	8	2:16

Vor allem verdient nochmals Kirrlachs Ringstaffel für ihren großartigen Sieg über den Meister volle Anerkennung. Der Name des KSV Kirrlach war in der Sportpresse des Montags überall als Schlagzeile zu lesen. Wer hätte auch einen derartig glatten Sieg erwartet! Es war eine große Leistung, die mit Punktspielen von K. Martus und Bodenmüller begann. Zwar konnte anschließend Spatz-F. im Federgewicht Hock-K. schultern, der Punktevorsprung wurde jedoch durch einen, wenn auch nur knappen Sieg Stassens wieder gutgemacht. Ein Schultersieg von L. Martus ergab die 4:1-Führung. Durch ihre Erfolge von

Spielbericht-Nachlese

Oberöwisheim — Oestrigen 3:3 (3:1)

Unter schwierigen Platzverhältnissen lieferten sich beide Mannschaften ein schnelles und hartes Spiel. In der ersten Halbzeit gab es bei beiden Mannschaften Ausfälle. Beim Gastgeber der Mittelläufer, bei Oestrigen der Torwart. Bei Halbzeit führte Oberöwisheim bereits mit 3:1 Toren. Nach Wiederanspiel versuchte Oestrigen das Resultat zu verbessern. Hart wurde gekämpft und der Tabellenführer konnte mindestens noch ein Unentschieden herauspielen. In den letzten zehn Minuten versuchten die Einheimischen nochmals eine Änderung des Resultates herbeizuführen. Es blieb jedoch beim Unentschieden.

Ubstadt — Obergrombach 1:0

Zu Beginn dieses Treffens konnte die Vereinsleitung ihren Mittelstürmer Oskar Schrag ehren, der an diesem Sonntag sein 200. Spiel absolvierte. — Vom Anpfiff weg waren die Gäste in der Defensive und verhielten sich durch ein flüssiges Spiel. Sie verstanden wohl lange ihr Tor rein zu halten, jedoch war es der Mittelstürmer, der doch einmal eine Lücke fand, um zum 1:0 und damit zum Siegestreffer einzuschießen. Die zweite Halbzeit zeigte auch nicht viel mehr. Es hätte wohl anders ausgehen können, wenn die einheimischen Stürmer ihre „Schußtiefe“ angezogen hätten. Der Schiedsrichter leitete gut.

Hockey

HC Heidelberg — MSG Mannheim 2:0; 78 Heidelberg — TSG Bruchsal 2:0; KTV 46 Karlsruhe — HTV 46 Heidelberg 0:0; VfR Mannheim — TSV 1846 Mannheim 0:0; Germ. Mannheim — Phönix Karlsruhe 3:3.

HC Heidelberg	10	8	2	0	21:4	18:2
TSG 78 Heidelberg	10	8	1	1	20:6	17:3
VfR Mannheim	9	4	4	1	11:5	12:6
MSG Mannheim	9	4	2	3	12:7	10:8
1846 Heidelberg	9	5	1	3	12:9	11:7
1846 Mannheim	10	4	3	3	19:13	11:9
TSG Bruchsal	9	2	2	5	4:8	6:12
Phönix Karlsruhe	10	1	3	6	7:24	5:15
Germ. Mannheim	9	0	3	6	6:26	3:15
1846 Karlsruhe	8	0	1	7	3:12	1:15

Im Badischen Hockey führt auch weiterhin der HC H. unangefochten. Erstauslich ist das gute Abschneiden der Karlsruher Vertreter. Das Spiel der TSG, gegen das bekanntlich Protest eingelegt wurde, ist in der Tabelle gewertet.

Spatz und Brunner kamen die Feudenheimer auf 4:3 heran, sodaß das Schwergewicht die Entscheidung bringen mußte. Hier war es Groß-K. der Brugger-F. besiegte und damit die Sensation fertigstellen konnte. — Auch die Bruchsaler Germanen kamen zu einem schönen Erfolg, der in zähen Kämpfen erzielt wurde. Es sei dabei nicht vergessen, daß die Ketscher eine sehr gute, aus erfahrenen Ringern bestehende Staffel zur Verfügung hatten, während die Einheimischen in einigen Gewichtsklassen auf Nachwuchs zurückgreifen mußten, der allerdings glänzend eingeschlagen hat. Für den Erfolg des ASV zeichneten sich besonders Lautenschläger, W. Schmidt, Seeburger Fr. und K. Schmitt, letzterer durch eine großartige Leistung, verantwortlich. — Kirrlach leistete durch den Ueberraschungssieg den Brötzingern, die gegen 84 Mannheim überlegen gewannen, wertvolle Schrittmacherdienste, sodaß die Brötzingen jetzt die Tabelle anführen. Dahinter steht Eiche Sandhofen, das allerdings relativ noch einen Punkt mehr hat. Man kann wirklich gespannt sein, wer das Rennen machen wird.

LIEBE AUF UMWEGEN

ROMAN VON E. THOMA

Copyright 1949 by Verlag Helmut Seiler Stuttgart

52. Fortsetzung

Sonnie schaltete mit bebenden Händen die Zündung ein und ließ den Anlasser ertönen. Er packte nicht sofort an, als dann doch der Motor summt, und sie den Gang einschob, pfliff die Pneus leer im Schnee. Sie verlor kostbare Minuten, bis der Wagen endlich mit einem Ruck vorwärts schoß.

Jetzt fühlte sie sich beinahe sicher am Steuer, sie vergaß, wie wenig sie noch chauffiert hatte. Und diese Straße, über die sie nun holperte, war kein Vergleich zu den sauberen und gut angelegten Betonstraßen um Stockholm. Hinter ihr tasteten starke Lampen über die Hochfläche. Sonnies Hände griffen krampfhaft ins Steuer, der Wagen schoß mit höchster Geschwindigkeit dahin. War das ein Fahren? Ihr war zuweilen, wenn sich der Kühler über einen der vielen festgefahrenen Schneehügel in der Fahrbahn hob, als flöge sie in die Luft hinaus. Dann wieder klatschten die Räder in die fußtiefen Wassertümpel. Die braungelbe Brühe schlug über dem Verdeck zusammen und lief in Bächen über die seitlichen Scheiben. Die Wischer tanzten wild hin und her, aber Lehm, Schneeschlamm und Sand verschmierten die Scheibe, so daß sie nur wie durch trübe Schleier auf die Fahrbahn vor sich sehen konnte. Der Wagen, der sie verfolgte, tastete sich merklich näher heran, manchmal füllten seine Lampen durch das Rückfenster das Wageninnere mit grellem Licht.

„Wenn sie mich einholen?“ dachte Sonnie. Sie mußte schon meilenlang dahingejagt sein. Jetzt erst fiel ihr ein, daß sie nur nach rechts ab, in den Ort Vidsörs Forst hätte fahren brauchen, um Schutz zu finden. Dazu aber war es längst zu spät, nur Wald stand finster zu beiden Seiten der Straße. Die Federn knack-

ten bei den tollen Sprüngen, Sonnie mußte sich am Steuerrad festklammern, um nicht gegen die Scheibe geworfen zu werden. Tiefer ließ sich der Gashebel nicht mehr niederdrücken. Ihr linker Fuß ertastete an der Wagenwand ein längliches Eisenstück. Schnell fühlte sie mit der Hand darnach. Es war der Wagenheber.

„Ich war so leichtsinnig“, schalt sich Sonnie, „zu einer Aussprache mit diesem Öre hätte ich mir unbedingt eine Waffe mitnehmen müssen. Da liegt wenigstens etwas, womit ich mich zur Wehr setzen kann, wenns zum Äußersten kommt.“

Schnell hob sie die längliche Kurbelstange des Hebels neben sich auf den Sitz. Die Verfolger waren bedenklich näher gekommen.

Sonnie war nahe daran, sich aufzugeben. Wieder sprang der Wagen seufzend über einen Schneehügel, patschte dann in den Tümpel davor. Unter ihr krachte, schlurte und schleifte es, der Wagen schleuderte und blieb stehen. „Aus!“ sagte sich Sonnie.

Instinktiv löschte sie die Lichter, wollte eben aus der Türe schlüpfen, als der Wagen hinter ihr auch schon mit voller Wucht auf das Hinterteil ihres Autos aufprallte. Scheiben splitterten, Sonnie fühlte, wie sich die Wände bogen, ihre linke Schulter wurde eingeklemmt, sie riß sich los und taumelte seitwärts. Glassplitter stachen ihr in das Gesicht, trotzdem besaß sie genügend Geistesgegenwart, um mit einigen Sätzen die Straße zu queren und in den Wald unterzutauchen. Bis über die Knie sank sie zwar im Schnee ein, arbeitete sich dennoch mit aller Kraft voran, sie hatte das Gefühl ihre Haare müßten steil aufstehen vor Angst, die Verfolger könnten hinter ihr her sein. Sonnie rannte bis ihre Kraft sie verließ und sie sich hilflos in den Schnee sinken ließ.

Ehe sich die Nacht über ihre Sinne senkte, schrie sie verzweifelt auf: „Viktor! Hilf mir doch!“

zu dem Augenblick, da Sonnie den harten Flaschenboden ins Gesicht stieß, war in ihm einzig nur die qualvolle Gier nach Sonnie gewesen. Nein, er konnte Sonnie nie mehr hier fort lassen. Jeder ihrer Schläge war eine Wohltat. Und jetzt, wo ist sie hin? Sicher weiß sie, was mit uns hier los ist. Ich muß sie suchen. Nein, Sonnie muß gut von mir denken, ehe sie ganz von mir geht. Wenn sie alleine davon ist, wird sie umkommen. Sonnie muß durch mein verrücktes Benehmen verstört sein.

Öre spuckte das Blut aus seinem Mund und wischte es mit beiden Händen vom Kinn. So nüchtern und klar war er sich in den letzten drei Jahren noch nie vorgekommen. Mühsam erhob er sich. Die Knie wankten unter ihm.

Öre schleifte sich zu den Stühlen am Ofen, schlief ließ er sich in die ätzenden Polster sinken. Sein blutender Mund zuckte. „Daß ich jetzt erst, da es für alles zu spät ist, klar werde!“ Plötzlich stürzten Tränen aus seinen Augen, angestrengt dachte er nach. Wo hatte das Eiend für ihn begonnen? Ja, damals als der Alte krank wurde, ihn in Piteå allein ließ und sich in seiner komischen Art wie ein weidwundes Tier am Storelule verkroch. Und er?

„Nimm dich vor dir selbst in Acht, Öre,“ hatte der Vater immer gesagt. „Du bist ein leichtsinniger Kerl. Solange ich dich führe, wirst gehen. Laß mir die Hände weg von den verdammten Weibern in der Zentralbar. Ein Mark hat es nicht nötig, mit Halbwelt zu verkehren. Trink nicht mehr, als andere Männer auch trinken, das ist für dich schon zuviel.“

Schon damals, als Vater noch in Piteå war und das Geschäft fest in den Händen hielt, war Öre ein Leichtfuß gewesen. Verdammt, in der Zentralbar hatte es angefangen. Mit der fahlblonden Wjera. Das Mädel hatte ihn toll gemacht. Und nach der Wjera kam die Hennie, obwohl er mit Sonnie verheiratet war. Diese Hennie war wirklich raffiniert, sie trank mit ihm, er lebte bei ihr, hielt sie aus und beriet

Geschäfte mit ihr. Öre gab ihr Unterschriften, von denen er nicht einmal wußte, was sie bedeuteten. Nach und nach kamen dann die Männer und lösten dann die Verpflichtungen ein. Dabei flossen Hunderttausende durch seine Hände. Nur gab Hennie sie aus, als ob es die ihren wären. Ehe Öre sich versah, war das ohnehin unrentable Werk in Haparanda verkauft. Viel schwedischer Besitz war durch seine Vermittlung an die Gesellschaft übergegangen. Erst nach und nach gelang es Öre in lichten Momenten zu erfahren, daß er Vertrat beging. Die bisherigen Geschäftsfreunde mieden ihn. Diese Hennie war ein Teufel. Um Öre aber zog sich das Netz immer dichter. Die anderen konnten jederzeit verdurften, er nicht. Als er es einmal versuchte, nach Finnland zu kommen und dort zu bleiben, hätte nicht viel gefehlt, daß man ihn per Schub zurück nach Piteå gebracht hätte. Öre hatte in seiner Verzweiflung den Entschluß gefaßt, die Bande zu erledigen. Um so mehr, da er jetzt wußte, daß man den Machenschaften langsam auf die Spur kam. Daß er dafür büßen müsse, war ihm klar, das wollte er auch. Nur diese Lumpen mußten von ihm erledigt werden.

Öre schnellte hoch. Nein, Sonnie durfte nicht allein draußen umherirren. Noch nie war sie in Vidsörs Forst gewesen. Sie war nicht im geringsten schuldig an seinem Untergang. Ihr einziger Fehler war, daß sie sich nicht geweigert hatte, seine Frau zu werden. Ja, er war der Lump, das verkommene Subjekt. Die Kerle sollten helfen, sie zu suchen. Dann würde er immer noch mit ihnen verfahren können, wie er es vorhatte. Und wenn er fertig mit ihnen war, wollte er nach Piteå fahren zur Polizei. Die Hauptsache, daß jetzt Sonnie in Sicherheit gebracht wurde. Öre nahm an, sie sei mit einem Mietwagen hergekommen, er glaubte, sie habe diesen Wagen wieder zurückgeschickt. Denn, daß er ihr nichts tun, sie sogar respektieren würde, mußte sie doch annehmen. Allerdings, jetzt war diese Annahme durch seine Zügellosigkeit hinfällig geworden.

(Fortsetzung folgt)

Wasserleitungsanlage für 600.000 DM

Huttenheim in Erwartung eines aufregenden Forums

Am Donnerstag, den 19. Januar findet in der Sonne eine Forumveranstaltung und zugleich eine Bürgerversammlung statt. Es steht schon jetzt fest, daß auf der Veranstaltung große Debatten zu erwarten sind und aller Voraussicht nach wird die Veranstaltung an stürmischen Szenen nicht mangeln. Das ist begreiflich, wenn man weiß, daß die Bürgerversammlung die Aufgabe haben wird, einen örtlichen Entscheid über den Bau der Wasserleitungsanlage zu treffen.

Die Pläne wurden dazu von dem Wasserwirtschaftsamt genau ausgearbeitet. Danach sollen die 3 Gemeinden: Huttenheim, Neudorf und Graben eine gemeinsame Wasserversorgungsanlage mit einem Kostenaufwand von über 600.000 DM erstellen. Auf Huttenheim würde die Verpflichtung von über 136.000 DM fallen, dazu käme noch der örtliche Wasserleitungsrohrkostenanteil mit 105.000.— DM. Die Pläne sehen den Bau einer Wasserwerkpumpenstation vor, die an einer später zu bestimmenden wasserreichen Stelle zu erbauen ist. Von der Pumpenstation aus würden dann die Rohrleitungen für die einzelnen Ortschaften gelegt werden.

In Huttenheim wird schon jetzt heftig debattiert über das geplante Objekt. Die eine Partei hebt besonders den Segen einer Wasserleitungsanlage vor. Aus gesundheitlichen Gründen wäre auch das Objekt zu verwirklichen. Besonders die Hausfrauen würden das fließende Wasser sehr gerne begrüßen. Andererseits steht aber die enorme Belastung der Gemeindekasse im Vordergrund. Zwar ist vorgesehen, daß der Kostenaufwand zum größten Teil durch verlorene Zuschüsse und durch staatliche Darlehen bestritten werden soll. Aber neben dem sofort zu zahlenden 13.000 DM müßte dann die Gemeindekasse noch die Lasten der Zurückzahlung tragen.

Bei den Argumentationen spielt eine nicht unwesentliche Rolle das Problem der Arbeitslosigkeit. Bei einem solchen Arbeitsgang wäre es möglich, einen großen Teil der Arbeitslosen unterzubringen. Nach der Meinung zuständiger Stellen sollte eben die Unterbringung der Arbeitslosen für das Projekt ausschlaggebend sein. Nach der Meinung des Bürgermeisters, Josef Weser, ist Huttenheim von den interessierten Gemeinden bestimmt nicht die ärmste. Sollten ärmere Gemeinden dem Plan zustimmen, dann ist es für Huttenheim auch unmöglich zurückzustehen.

Die Forumveranstaltung wird aber auch mit voller Spannung erwartet, da aller Voraussicht nach andere heikle Fragen, wie z. B. der Preisanstieg des Rohabbaus, die Frage der Milchbewirtschaftung, die Soforthilfeabgabe usw. auch aufgetischt werden.

Lehrerin Götzmann wurde unerwartet von Huttenheim nach Philippsburg versetzt. Die junge Lehrerin war in Huttenheim vier Jahre lang tätig und hat in dieser Zeit die Sympathie der ganzen Einwohnerschaft erwerben können.

Der beliebte Wirt des Gasthauses zur Krone wird sich demnächst von dem Geschäft zurückziehen. Josef Dietrich, der die Vorstandschaft des Roten Kreuzes Huttenheim auch bekleidet, leitete neun Jahre lang die Wirtschaft und konnte eine durchaus erfolgreiche Tätigkeit verzeichnen.

Im Kreise der Tabakbauern herrscht große Enttäuschung über die in Schwetzingen erzielten Tabakpreise. Es konnte für den Zentner Geudertheimer Tabak 60.50 DM erreicht werden. Die Tabakbauern sind entschlossen, im nächsten Jahr nur noch die Sorte Virginia anzubauen.

Hambürcken

Am Sonntag hatte Bürgermeister Debatin die Einwohnerschaft zu einer Bürgerversammlung in den Grünen Baum einberufen. Leider entsprach die Besucherzahl nicht ganz den Erwartungen. L. Kraus sprach zunächst über die Lage in der Tabakindustrie.

Die Landwirte müßten unbedingt mehr Handlungsgewächse anbauen. Das Neuanlegen von Hopfen sei auch sehr wichtig. Das Hauptgut des Tabaks werde Anfangs Februar verworfen.

Um den Obstbaumbestand zu retten, müsse die Bekämpfungsaktion gegen die San-José-Schildlaus unbedingt weitergeführt werden.

Gegen die Soforthilfe-Abgabe in ihrer Höhe, wurde protestiert, weil die ganze Last fast nur von den „kleinen Leuten“ zu bezahlen sei. Die wichtigste Frage für Hambürcken stelle der Wohnungsbau dar. Da die Gemeinde nicht zu den reichen Orten zähle, stellten sich dem Plan, eine Siedlung zu erstellen, die größten Schwierigkeiten entgegen. Hambürcken benötige unbedingt mehr Industrie, zumal sämtliche Zigarrenfabriken still lägen.

Am Montag hielt der katholische Jungmännerverein in der Kinderschule seine Generalversammlung ab, an der auch Pfarrer Volkert, der sich mit unermüdlichem Eifer der Jugend widmet, teilnahm. Schriftführer Werner Simianer verlas den Tätigkeitsbericht seit Gründung des Vereins im April 1948. Der Kassen-

bericht von Lehrer Klemm fand allgemeine Zustimmung. Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorstand wurde Josef Kraus, 2. Vorsitzender Werner Simianer. Das Amt als Kassenswart übernimmt Josef Brenner und als Schriftführer wurde U. Köhler gewählt.

Die Wahl der Gruppenführer wurde auf den nächsten Montag verlegt.

Helmsheim

Verheiratet haben sich: Kaufmann Karl Georg Martin Weigl aus Bruchsal und die Geschäftsinhaberin Frieda Elvira Stein, Hauptstraße 48.

Obergrombach

Dieser Tage wurden durch das Bürgermeisteramt den Besitzern tuberkulosefreier Rinderbestände die Anerkennungsbescheinigungen ausgehändigt. Nicht weniger als 82 Viehbesitzer kamen hierfür in Frage, bestimmt ein gutes Zeichen für die aufwärtstrebende Entwicklung einer gesunden und leistungsfähigen Tierzucht unserer kleinbäuerlichen Betriebe. 14 Viehbestände sind vorerst noch zweifelhaft und können erst als tuberkulosefrei aner-

kannt werden, wenn sich bei einer in etwa zwei Monaten wiederholten Impfung ergibt, daß alle Rinder negativ reagieren. In 7 Fällen konnten die Viehbestände noch nicht als tuberkulosefrei anerkannt werden, weil jeweils ein Tier des Bestandes positiv reagierte.

Am Montag wurde das Mittelgut der Sorte „Havanna IIc“ verworfen. Von 20 Pflanzern wurden 47 Ztr. auf die Waage gebracht. Abnehmer war die Firma Heler aus Wiesloch-Walldorf, die bei der Versteigerung in Schwetzingen 86.75 DM für den Zentner geboten hatte. Auf diesen Grundpreis gab es fast ausnahmslos noch Zuschläge, ein Zeichen dafür, daß durchweg gute Ware angeliefert wurde.

Malschenberg

Am Sonntag, 15. Januar, fand im Fuchsbau eine gutbesuchte Versammlung der Arbeitsgemeinschaft der Badener statt, wobei über das Thema: „Baden oder Großschwaben“ diskutiert wurde. Die aus Heidelberg erschienenen Referenten Dr. Birk und Dr. Horn fanden großen Beifall.

VOM SEE BIS AN DES MAINES STRAND

Auf einem Dampfer erhängt

Mannheim (DND). In der Nähe der ehemaligen Jungbuschbrücke erhängte sich in einer Mannschaftskabine ein 49 Jahre alter Mann, der auf das Schiff kam und bat, seine Kleider trocknen zu dürfen, da er unweit davon in den Neckar gefallen sei. Dies wurde ihm gestattet und als niemand mehr auf dem Schiff war, machte er seinem Leben ein Ende.

Beste Eiskunstläufer ermittelt

Mannheim (DND). Über das Wochenende ermittelten Baden und Hessen im Mannheimer Eistadion ihre besten Eiskunstlaufamateure. Am Samstag zeigten die Anfänger und Neulinge ihre Künste, die oft sehr gute Anlagen verrieten. Dabei waren die Mannheimer Anfänger und Jugend dominiert. Hervorragende Leistungen zeigten die Wettbewerber der Senioren, die von Seiten der Hessen aus den Eislaufdomänen Naheim, Frankfurt und Darmstadt stammten, während bei Baden hauptsächlich Mannheimer und ein paar Läufer aus Konstanz beteiligt waren. Den Höhepunkt bildete das Paartanzlaufen, bei dem Spanngel-Romminger (Mannheim) knapp vor dem gleichwertigen Paar Brück-Wernz erfolgreich blieben. Beim Einzellauf wurde Lilo

Barth (MERC Mannheim) durch ihre meisterliche Kür badische Meisterin, während Ulla Presselmaier (Bad Nauheim) für Hessen zu Meistertiteln gelangte. Badischer Eishockeyjugendmeister wurde der MERC Mannheim durch einen einwandfreien 3:0 Sieg über die Jugend der MSG Mannheim.

Bachfeiern in Mannheim

Mannheim (DND). Eine Reihe besonderer Veranstaltungen sind in Mannheim zum Gedenken an den 200. Todestag von Johann Sebastian Bach (28. Juli) vorgesehen. Der Bach-Chor beabsichtigt in Verbindung mit dem Nationaltheater-Orchester in drei auf das ganze Jahr verteilten Bachfeiern die großen Chorwerke „Matthäus-Passion“, die Hohe Messe in h-moll und „Weihnachtsoratorium“ aufzuführen; vier Orgelkonzerte, eine Kantatenaufführung, Kammermusik und ein Festvortrag ergänzen das Programm.

Verboten internationalen Fremdenverkehrs.

Heidelberg (DND). Eine Anzahl schottischer und holländischer Reisebüro- und Pressevertreter besuchte, von Frankfurt kommend, Heidelberg als erste Stadt ihrer deutschen Sie-

gentage-Rundfahrt. Es wurden Beziehungen angeknüpft, die eine Belebung des internationalen Fremdenverkehrs erhoffen lassen. Dann führen die Gäste nach Baden-Baden und Freiburg weiter.

Badischer Sängerbund wiedergegründet

Rastatt (DND). Der Zusammenschluß der nord- und südbadischen Gesangsvereine führte am Sonntag zu Wiedergründung des „Badischen Sängerbundes“. Bei einer Kundgebung vor dem Rathaus am Samstag Abend, kam die Schicksalsmäßige Zusammengehörigkeit der bürgerlichen und der Arbeiter-Gesangsvereine zum Ausdruck. An der Gründungsfeier nahmen 400 Delegierte und viele Gäste teil. Staatspräsident Wohleb würdigte die Kulturarbeit der Gesangsvereine und sagte, es sei zu hoffen, daß auch die kleineren Orte sich regen und die Jugend gewonnen werde. Die Größe des Landesbezirks Nordbaden überbrachte Ministerialrat Dr. Thoma. Für den am Vortag gegründeten Württembergischen Sängerbund sprach Dr. Leutze (Reutlingen).

Zum Präsidenten wurde Oberregierungsrat Karl Heß gewählt, der bisher schon den nordbadischen Sängerbund leitete. Seine Stellvertreter wurden Stadtdirektor Franz Hespeler (Karlsruhe) und Franz Schlenker (Kenzingen), Bundeschormeister Walter Schlageter (Ettlingen). Die seit 1943 in Tiengen aufbewahrte Bundesfahne wurde von Tiengener Sänger überbracht. Die Bundestagung 1951 wird in Offenburg stattfinden. Sitz des Badischen Sängerbundes ist Karlsruhe.

Der Außenhandel Südbadens

Freiburg (DND). Die Ausfuhr Südbadens erreichte im Monat November, dem letzten Berichtsmonat, 5 037 05 DM. Hierzu treten 726 325 DM für Ausfuhr nach erfolgter Lohnveredelung in Deutschland und 684 838 DM für Ausfuhr zur Lohnveredelung im Ausland. Der Kompensationsverkehr mit Ostfrankreich brachte eine weitere Steigerung im In- und Export.

Protest gegen Benzinpreiserhöhung

Freiburg (DND). Der Badische Landtag nahm eine Entschließung an, mit der die Regierung ersucht wurde, durch ihre Vertreter im Bundesrat Einspruch gegen die Benzinpreiserhöhung zu erheben.

Oberbadischer Musikverband

Freiburg (DND). Von Vertretern der sechzig Musikvereine des Markgräfler Landes, des Breisgaus und der Ortenau wurde am vergangenen Sonntag der Oberbadische Musikverband, der früher rund 160 Musikvereine vereinte, wieder gegründet. Die vom vorbereitenden Ausschuss entworfenen Satzungen wurden beraten und genehmigt. Zweck des Verbandes ist die Pflege der Volksmusik in Stadt und Land und die kulturelle Betreuung und Förderung der Vereine. Jakob Blum (Nimburg) wurde zum Präsidenten, Anton Geisert (Reute) zum Stellvertreter, Erwin Storz (Emmendingen) zum Schriftführer und A. Schmidt (Au bei Freiburg) zum Rechner gewählt.

Mietpreis: Alt- oder Neubauwohnung?

Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft zur Mietpreisgestaltung

Der Vorstand der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft bittet uns, zur Frage der Wohnungsmieten seine Stellungnahme wiederzugeben: Eine generelle Erhöhung der Mietpreise bedeutet eine Erhöhung der Lebenshaltungskosten, die unter den obwaltenden wirtschaftlichen Verhältnissen den großen Massen der Arbeitnehmer nicht zumutbar ist. Der Hinweis darauf, daß in anderen Ländern der Mietanteil an den Lebenshaltungskosten erheblich höher liege als in Westdeutschland, kann nicht als ein stichhaltiger Grund angesehen werden. In diesen Ländern sind die Kosten für Ernährung auch sehr viel niedriger, als dies in Westdeutschland der Fall ist. Lebenshaltungskosten müssen in ihrer Gesamtheit, nicht aber in einzelnen Positionen miteinander verglichen werden. Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft verkennt jedoch nicht die Notwendigkeit, auch gesamtwirtschaftliche Interessen zu berücksichtigen und gibt der Meinung Ausdruck, daß in der Frage der Wohnungsmieten ein Unterschied zwischen Altbauwohnungen und Neubauten zu machen ist. Die seitens der Hausbesitzer vorgebrachte Argumentation, die Rentabilität des Hausbesitzes sei infolge der hohen Betriebs- und Instandsetzungskosten nicht mehr gegeben, ist nicht voll zutreffend. Diese Behauptung ist nur bei Bauten berechtigt, die vor 1918 bzw. kurz nach dem ersten Weltkrieg erstellt worden sind. Auch Grundstücke mit einer hohen Umstellungsgrundschuld sind ohne Zweifel nicht mehr in früherem Maße rentabel. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die

Instandsetzungskosten heute infolge des großen Nachholbedarfs besonders hoch sind. Derartige Ausnahmeverhältnisse sollten jedoch nicht zu einer grundsätzlichen Aenderung der Mietpreispolitik führen. Besondere Kriegsschäden können im übrigen durch einen Antrag auf Erlass der Umstellungsgrundschuld eine Berücksichtigung erfahren. Soweit im Grundbesitz ausschließlich Eigenkapital investiert ist, ist eine angemessene Verzinsung auch heute noch gewährleistet. Es ist außerdem zu beachten, daß unter den heutigen Umständen Hausbesitz nicht mehr als einzige Existenzgrundlage angesehen werden darf, sondern nur eine zusätzliche Einkommensquelle darstellen kann.

Bei den Neubauten, die lediglich mit privaten Mitteln ohne Zuschuß von Geldern der öffentlichen Hand, geschaffen werden, liegen die Dinge grundsätzlich anders, und hier vertritt die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft die Meinung, daß man — wenn auch notgedrungen — die Kostenmiete akzeptieren muß. Dabei ist allerdings hier vor Festsetzung der Mietpreise für Neubauten eine wirkungsvolle Preissenkung für die seit 1914 um bis zu 250 Prozent gestiegenen Baustoffpreise anzustreben. Ferner ist der Förderung neuzeitlicher und verbilligender Bauweisen durch stärkere Industrialisierung der Bauweisen erhöhte Unterstützung zu gewähren. Öffentliche Mittel dürfen nur für den „Sozialen Wohnungsbau“ gegeben werden, und hier dürfen die Mieten nicht über den jetzigen Stand hinausgehen.

Achtung!

Odeon - Lichtspiele Oberhausen

Von Dienstag bis Donnerstag zeigen wir den spannenden Film

„Piraten zu Pferd“

Beginn pünktlich 20 Uhr

Süffige Weine!

1949 er Weiswein 1 Ltr. offen	DM 1.90
(Westhofener Hackgraben) 1/2 Fl. Inh.	DM 1.45
1949 er Rotwein 1 Ltr. offen	DM 1.75
würzig - kräftig 1/2 Fl. Inh.	DM 1.35

Spirituosen - Liköre - Südweine - Sekt
Feinste Qualitäten - Billigste Preise

FRANZ HEYSTERMANN

Bruchsal Ruf 449 Schönbornstr. 18

Europa - Lichtspiele

zeigen:



mit
Marikka Röck
Johannes Heesters

Anfangszeiten:

Dienstag — einschl. Donnerstag
17.00 19.00 21.00



Zwangsversteigerung

Samstag, den 21. Januar 1950, vormittags 10 Uhr werde ich in Philippsburg, Ort und Stelle mit Zusammenkunft am Amtsgericht gegen bare Zahlung im Vollstreckungswege öffentlich versteigern:

2 sehr gut erhaltene ovale Weinfässer, ca 600 l haltend, 2 runde Weinfässer, ca 350 l, und 200 l haltend, 1 kl. Faß, ca 30 l haltend.

Versteigerung findet bestimmt statt.

Schreiner-Lehrling

gesund und aufgeweckt, kann sofort eintreten. Bewerbungsschreiben unter Nr. 451 an den Verlag B. P., Wörthstraße 4

Weinberg

(weiß. Riesling) zu verpachten. Zu erfragen: Verlag B. P., Wörthstraße 4

Reparaturen:

Ansohlen und Anstricken von Damen- und Kinder-Strümpfen Herren-Socken und Sportsstrümpfen Instandsetzung von gestrickter Ober- oder Unterkleidung

Winterhalter Bruchsal

Schönbornstraße 35 und Engelsgasse 1

Ich habe in

BRUCHSAL, Schafgarten 3

ein

Elektro-Installationsgeschäft

für moderne Licht- und Kraftanlagen eröffnet

AUGUST DUTTENHOFER

ELEKTROMEISTER